Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

BAG
Wir setzen Impulse.

Jahresabschluss und Lagebericht

2024

BAG Bankaktiengesellschaft
Gabelsbergerstr. 1a
59069 Hamm
www.bag-bank.de

Jahresabschluss und Lagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft 2024

Inhaltsverzeichnis

Seite

Lagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2024 3

Jahresabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft 2024 29

- Bilanz 30
- Gewinn- und Verlustrechnung 32
- Anhang 33

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers 55

Bericht des Aufsichtsrates 65

Lagebericht
der
BAG Bankaktiengesellschaft
für das Geschäftsjahr
2024

Lagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2024

1 Grundlagen des Unternehmens 5

1.1 Geschäftsmodell der BAG Bankaktiengesellschaft 5

1.2 Ziele und Strategien 5

1.3 Das Steuerungssystem 6

2 Wirtschaftsbericht 6

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen 6

2.2 Geschäftsverlauf 8

2.3 Projektmanagement 9

2.4 Lage 10

2.4.1 Vermögenslage 10

2.4.2 Ertragslage 12

2.4.3 Finanzlage 13

2.5 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren 14

2.5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren 14

2.5.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren 15

2.5.3 Vergütungssystem der Mitarbeiter 15

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht 16

3.1 Prognosebericht 16

3.2 Chancen-/Risikobericht 17

3.2.1 Zielsetzung und Grundlagen des Risikomanagements 17

3.2.2 Deckung der Risikoaktiva durch angemessene Eigenmittel 18

3.2.3 Risikotragfähigkeit 19

3.2.4 Risikoarten und ihre Steuerung 20

3.2.5 Interne Revision 27

4 Erklärung zur Unternehmensführung 28

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell der BAG Bankaktiengesellschaft

Die BAG Bankaktiengesellschaft versteht sich, unter Berücksichtigung der Geschäftsstrategie, als Spezialkreditinstitut der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken[1] für die Beratung, Bewertung, Bearbeitung und Übernahme nicht strategischer Assets[2] und als Partner für die Mitglieder der Genossenschaftlichen FinanzGruppe sowie als Impuls- und Ideengeber in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe im regulatorischen Umfeld mit nicht strategischen Assets.

Geschäftsgebiet der BAG Bankaktiengesellschaft ist grundsätzlich die Bundesrepublik Deutschland, ihr Sitz ist in Hamm. Die BAG Bankaktiengesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 98 (Vorjahr: 99) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter[3] und weitere 63 (Vorjahr: 56) Mitarbeiter in den konsolidierten Tochtergesellschaften. Vertragspartner der BAG Bankaktiengesellschaft sind im Wesentlichen die Mitglieder der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, die nicht strategische Assets von der BAG Bankaktiengesellschaft im Servicing bearbeiten lassen bzw. problembehaftete Kreditforderungen, Immobilien und/oder Beteiligungen auf die BAG Bankaktiengesellschaft übertragen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die BAG Bankaktiengesellschaft der Unterstützung von Gesellschaften der BAG-Gruppe, die neben den hierfür im Wesentlichen eingeschalteten Dienstleistungsgesellschaften, welche insbesondere Leistungen in der Immobilienbewertung und -vermittlung sowie im Inkasso erbringen, auch Zweckgesellschaften umfasst.

1.2 Ziele und Strategien

Die BAG Bankaktiengesellschaft strebt die Bereitstellung einer einwandfreien Produkt- und Dienstleistungsqualität an. Der Nutzen und die Zufriedenheit der Primärbanken mit den Leistungen der BAG Bankaktiengesellschaft stehen im Vordergrund. Ferner

[1] Zur besseren Lesbarkeit wird im weiteren Verlauf des Lageberichtes von der „Genossenschaftlichen FinanzGruppe“ gesprochen.

[2] Unter nicht strategischen Assets werden problembehaftete Kreditengagements, Immobilien und Beteiligungen sowie Kreditengagements, deren Fortsetzung unter den Aspekten von Klimaverträglichkeit, Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz gefährdet ist („brown-finance“, „distressed assets“) subsumiert.

[3] Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und ohne jede Diskriminierungsabsicht wird im weiteren Verlauf des Lageberichts ausschließlich die Form „Mitarbeiter“ genutzt. Mit „Mitarbeiter“ sind alle Geschlechter (m/w/d) gemeint und einbezogen.

besteht das Ziel einer dauerhaft stabilen Ertragskraft unter der Nebenbedingung eines ausreichenden regulatorischen und ökonomischen Eigenkapitals.

1.3 Das Steuerungssystem

Dem Bereich Unternehmenssteuerung obliegt die gruppenweite Überwachung der wesentlichen betriebswirtschaftlichen Kennziffern, der monatlichen Soll-/Ist-Vergleiche sowie der jährlichen und anlassbezogenen GuV- und Bilanzplanung der BAG Bankaktiengesellschaft und der BAG-Gruppe.

Des Weiteren erfolgt in diesem Bereich durch das Risikocontrolling die Überwachung der banktypischen Risiken. Hierzu verweisen wir im Einzelnen auf die Berichtsabschnitte unter 3.2.1 ff.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2024 fiel in Deutschland aus gesamtwirtschaftlicher Sicht abermals schwach aus. Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 %. Bereits im Jahr 2023 war die reale Wirtschaftsleistung aufgrund struktureller und konjunktureller Belastungen etwas zurückgegangen (-0,3 %). Erfreulich ist jedoch, dass die Inflation weiter nachließ. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,2 %, nachdem sie sich 2022 und 2023 noch um hohe 6,9 % und 5,9 % verteuert hatten.[4]

Die zu Jahresbeginn hoffnungsvoll stimmenden Anzeichen für eine spürbare konjunkturelle Erholung verfestigten sich im weiteren Jahresverlauf nicht. Gründe für die bis zum Jahresende andauernde Wirtschaftsflaute waren neben der verhaltenen globalen Industriekonjunktur auch inländische Strukturprobleme, wie die im internationalen Vergleich hohen Strom- und Gaspreise, der anhaltende Fachkräftemangel, die hohe Bürokratiebelastung und die in weiten Teilen vernachlässigte Verkehrsinfrastruktur. Belastend wirkten auch die hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten – die mit dem

[4] vgl. Rundschreiben des BVR vom 28.01.2025 zur Erstellung der Geschäftsberichte der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Bruch der Ampel-Regierungskoalition in Deutschland und dem Wahlsieg Donald Trumps bei den US-Präsidentschaftswahlen zum Jahresende nochmals zunahmen.[5]

Die Wachstumsschwäche beeinträchtigt zunehmend die Unternehmensstabilität. Infolge dieser Entwicklungen hat das Insolvenzgeschehen zugenommen. Im Jahr 2024 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 24,3 % und erreichte mit 22.400 Fällen den höchsten Stand seit 2015 (23.180 Insolvenzen). Damit liegt die Zahl der Unternehmenspleiten inzwischen deutlich über dem Vor-Corona-Niveau. Bereits im Vorjahr (2023) hatte es mit einem Anstieg um 22,9 % eine zweistellige Zuwachsrate gegeben. Nicht nur Unternehmen stehen vor schwierigen Rahmenbedingungen – auch private Verbraucher sind zunehmend betroffen. Die sich bereits 2023 abzeichnende Trendwende hat sich 2024 weiter verstärkt. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen stieg im Jahr 2024 um 8,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt wurden 72.100 Verfahren registriert – nach 66.450 im Jahr 2023. Der Anstieg ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Verbraucher litten unter deutlich gestiegenen Lebenshaltungskosten und höheren Zinsen, insbesondere für (Anschluss-)Finanzierungen. Zusätzlich verschärfte sich die Situation durch den drastischen Stellenabbau in der Industrie.[6]

Der Immobilienmarkt in Deutschland ist aufgrund der überwiegend immobilienbesicherten Kredite, des Immobilienbestandes der BAG sowie der über den Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 gehaltenen Immobilienfonds von besonderer Bedeutung. Der kräftige Zinsanstieg in den Geschäftsjahren 2022 und 2023 hat die Bewertungen am Immobilienmarkt merklich belastet und das zuvor hohe Interesse an Immobilien schwinden lassen. Die Aussichten bei Gewerbeimmobilien sind weiterhin eingetrübt. Die Perspektiven für Wohnimmobilien fallen deutlich besser aus. Insgesamt ist eine Tendenz der Stabilisierung der Immobilienpreise zu verzeichnen. Die Preise von Wohnimmobilien nahmen im Vergleich zum Abschlussquartal 2023 um 2,1 % zu. Bei Gewerbeimmobilien zeigten sich die Preisentwicklungen im Vergleich zum Abschlussquartal 2023 uneinheitlich. Während sich die Preise für Büroimmobilien um 0,7 % verteuerten, gaben die Preise für Handelsimmobilien um 0,2 % nach.[7]

[5] vgl. Rundschreiben des BVR vom 28. Januar 2025 zur Erstellung der Geschäftsberichte der Volksbanken und Raiffeisenbanken.
[6] vgl. Insolvenzen in Deutschland (Jahr 2024) Creditreform (Wirtschaftsforschung) vom 16. Dezember 2024.
[7] vgl. vdpResearch vom 10.02.2025.

Auf europäischer Ebene laufen seit geraumer Zeit Bestrebungen, einen Abbau notleidender Kredite bei den Banken zu fördern, um das Banken- und Finanzsystem in der Union zu stärken. Auf Basis des NPL Action Plan sind bereits der NPL-Backstop, die Richtlinie über Kreditdienstleister und Kreditkäufer (samt Abbildung im Kreditzweitmarktförderungsgesetz), die EBA-Guideline zur Problemkreditbearbeitung und die Verordnung zu den NPL Data Templates umgesetzt. Die HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH, eine Dienstleistungsgesellschaft der BAG-Gruppe, verfügt seit Juni 2024 über die Erlaubnis zur Erbringung von Kreditdienstleistungen gem. Kreditzweitmarktgesetz.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung verlief insgesamt günstig und innerhalb der Erwartungen. Die Bilanzbestände haben sich bedingt durch die Übernahme problembehafteter Assets von Primärbanken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe deutlich erhöht.

Innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe waren zwar keine signifikanten Auswirkungen der Multi-Krisen auf das NPL-Geschehen zu verzeichnen. Gleichzeitig hat sich der von den Banken zu Jahresbeginn erwartete Anstieg der NPL-Quoten und NPL-Bestände im Geschäftsjahr 2024 weitgehend materialisiert. Entsprechend hat sich das akquirierte Neugeschäft im Vorjahresvergleich deutlich erhöht.

Im Segment BAG-Servicing wurden 561 Problemkreditengagements mit einem Bearbeitungsvolumen in Höhe von 253,2 Mio. EUR (Vorjahr: 237 Problemkredite und 153 Mio. EUR) zur Bearbeitung im Rahmen des Outsourcing für die jeweiligen Ortsbanken übernommen. Mit 18 Beratungen (Erstellung von Abwicklungs- und/oder Sanierungskonzepten und Portfolioanalysen) wurde dieses Segment kundenorientiert ergänzt.

Im Segment BAG-Forderungsankauf erfolgten Ankäufe von 39 Kreditnehmereinheiten mit einem Kreditvolumen mit Anschaffungskosten von 173,9 Mio. EUR sowie Übernahmen von Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 54,9 Mio. EUR (Vorjahr: 62 Forderungsankäufe mit einem Kreditvolumen in Höhe von 23 Mio. EUR).

Die Geschäftsabschlüsse der drei Tochtergesellschaften BAG Wert GmbH, HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH und der VR Inkasso Leasing & Consulting GmbH konnten jeweils gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Im Vertriebsfokus stehen die Akquise interessierter Banken für die Lösungsangebote der BAG-Gruppe und die Stärkung der Partnerschaften mit den aktiven Servicingbanken. Dies wurde durch einen ganzheitlichen Vertriebsansatz, digitale Schnittstellen zwischen der BAG und ihren Kunden und ein medienübergreifendes Marketing unterstützt.

2.3 Projektmanagement

Die Weiterentwicklung des Portalauftritts mit dem Ziel, in weiteren Ausbaustufen eine digitale Vertriebsplattform zu schaffen, wird aktuell nicht aktiv weiterverfolgt. Zunächst werden die Nutzerakzeptanz und die weitere Optimierung des VR Bankenportals beobachtet und evaluiert.

Die Umstellung auf „agree21M365“ (Microsoft M365 der Atruvia) wurde im Jahr 2024 erfolgreich durchgeführt. Nach der technischen Migration wurde mit der Umsetzung der im Rahmen des Teilprojektes „New Work in der Praxis“ erarbeiteten Anpassungen der Kommunikations- und Kollaborationsstrukturen begonnen. Die heutige HCL Notes-Umgebung wird bis Ende 2026 schrittweise abgelöst. Die eigenen Notesanwendungen werden entweder archiviert oder in alternative Anwendungen überführt.

Die Bank hat sich im Jahr 2024 mit der Umsetzung der EU-Verordnung zur Regulierung der Themen Cybersicherheit, IKT-Risiken und digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (DORA) im Rahmen eines Projektes intensiv befasst. Neben den Vorgaben der BaFin wurden hierbei Umsetzungshinweise des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin (BVR) und der Regionalverbände verarbeitet.

Die Weiterentwicklung des Arbeitsumfeldes, die geänderten Arbeitsgewohnheiten und der einhergehende Fachkräftemangel machen eine Anpassung der Arbeitsumgebung an die neuen Arbeitswelten erforderlich. Im Rahmen des Projektes „New Work – auf dem Weg zur neuen Arbeitswelt“ werden Konzepte erarbeitet und verprobt, die in die Gestaltung des Umbaus des Hauptstandortes in Hamm einfließen werden. Ziel ist eine

Beteiligung aller Bereiche und Gesellschaften der BAG-Gruppe am Transformationsprozess und Berücksichtigung der Anforderungen an eine nach den New-Work-Prinzipien gestaltete Architektur und Arbeitsumgebung.

2.4 Lage

2.4.1 Vermögenslage

Im Berichtsjahr ergaben sich bedingt durch den Ankauf problembehafteter Assets von Primärbanken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe wesentliche Veränderungen in der Struktur des Vermögens.

Die Forderungen an Kreditinstitute von 64,0 Mio. EUR (Vorjahr: 54,5 Mio. EUR) betreffen insbesondere Guthaben bei der DZ BANK.

Die Kundenforderungen haben sich insbesondere durch die Übernahme problembehafteter Forderungen um 38,6 Mio. EUR auf 105,9 Mio. EUR erhöht (Vorjahr: 67,3 Mio. EUR). Sofern bei angekauften Forderungen im Rahmen des Übernahmeprocederes Wertkorrekturen erforderlich waren, wurden diese von der BVR-SE abgeschirmt.

Das insgesamt bearbeitete Problemkreditvolumen (einschließlich des Problemkreditvolumens im Servicing) betrug zum Bilanzstichtag 674,9 Mio. EUR (Vorjahr: 309,5 Mio. EUR).

Ein festverzinslicher Wertpapierbestand von 26,1 Mio. EUR (Vorjahr: 25,7 Mio. EUR) von Emittenten bester Bonitäten dient der Erfüllung der bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen.

Außerdem wurden im Vorjahr langfristige nachrangige Pflichtwandelanleihen (AT1-Anleihen) der DZ BANK in Höhe von 20,0 Mio. EUR erworben und dem Anlagevermögen zugeordnet.

Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere nahm bedingt durch die Übernahme von Anteilen an offenen Immobilienfonds in den Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 in Höhe von 251,3 Mio. EUR zu. Dem stehen Abgänge aus Verkäufen von Anteilen am Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930, der hauptsächlich in renten- und geldmarktorientierten Werten investiert ist, mit Buchwerten von 66,3 Mio. EUR gegenüber. Insgesamt nahm der Bestand von 127,3 Mio. EUR auf 311,1 Mio. EUR zu.

Bedingt durch sinkende Immobilienwerte und daraus resultierenden Abschreibungen reduzierten sich die Buchwerte der Beteiligungen im Berichtsjahr um 1,0 Mio. EUR auf 26,5 Mio. EUR.

Durch den Erwerb von Immobilien von Primärbanken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe erhöhte sich der Gesamtbestand der Immobilien der BAG Bankaktiengesellschaft zum Bilanzstichtag auf 162,5 Mio. EUR (Vorjahr: 22,6 Mio. EUR). Diese im Berichtsjahr erworbenen und grundsätzlich zum Verkauf vorgesehen Immobilien werden mit 140,4 Mio. EUR unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Der im Sachanlagevermögen ausgewiesene Immobilienbestand beträgt EUR 22,1 Mio.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich deutlich von 73,6 Mio. EUR auf 189,0 Mio. EUR erhöht. Die Erhöhung betrifft mit einem Betrag von 117,6 Mio. EUR Sichteinlagen des BVR, mit denen die Deckungserklärung des BVR für den UIN-Fonds Nr. 1138 bar unterlegt ist.

Die Rückstellungen werden mit einem Betrag von 31,7 Mio. EUR ausgewiesen (Vorjahr: 11,5 Mio. EUR). Der Anstieg betrifft mit 21,8 Mio. EUR Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen aus übernommenen Eventualverbindlichkeiten.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 34,9 % (Vorjahr: 71,4 %) der Bilanzsumme zum Abschlussstichtag.

Hinsichtlich der erforderlichen Angaben nach § 160 Abs. 1 Nr. 2 AktG zum Bestand an eigenen Aktien der BAG Bankaktiengesellschaft wird auf den Anhang verwiesen.

Das vom BVR zur Verfügung gestellte Eigenkapital, die Refinanzierungen bei der DZ BANK sowie die Einlagen der verbundenen Unternehmen stellen die wesentlichen Säulen der Kapitalstruktur der BAG Bankaktiengesellschaft dar.

Die BAG Bankaktiengesellschaft ist der Sicherungseinrichtung des BVR angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Darüber hinaus ist die BAG Bankaktiengesellschaft als europäisches CRR-Institut der BVR Institutssicherung GmbH angeschlossen.

2.4.2 Ertragslage

Das Ergebnis der BAG Bankaktiengesellschaft ist weiterhin durch die besondere Aufgabenstellung als Spezialkreditinstitut der Genossenschaftlichen FinanzGruppe für die Beratung, Bewertung, Bearbeitung und Übernahme nicht strategischer Assets geprägt. Aufgrund des gestiegenen Kreditvolumens hat sich im Geschäftsjahr 2024 das Zinsergebnis auf 8,0 Mio. EUR (Vorjahr: 5,2 Mio. EUR) erhöht. Zudem kamen die Zinserträge aus der AT1-Anleihe erstmals in voller Höhe zum Tragen.

Im Bewertungsergebnis sind Wertberichtigungen in Höhe von 145,1 Mio. EUR im Wesentlichen für von Primärbanken übernommene Forderungen enthalten, die aufgrund von Deckungserklärungen der BVR-SE ausgeglichen wurden.

Des Weiteren wurden im Berichtsjahr ergebniswirksame Risikovorsorgen für Kundenforderungen, die nicht von der BVR-SE gesichert sind, in Höhe von 13,4 Mio. EUR gebildet, denen Erträge aus der Freisetzung von Einzelwertberichtigungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen in Höhe von 15,6 Mio. EUR gegenüberstehen. Die Erträge aus Verkaufsgewinnen und Zuschreibungen auf die Wertpapiere der Liquiditätsreserve zum Bilanzstichtag belaufen sich auf 2,2 Mio. EUR. Insgesamt konnten saldierte Erträge aus der Forderungs- und Wertpapierbewertung sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von 4,4 Mio. EUR (Vorjahr: 21,7 Mio. EUR) ausgewiesen werden. Im Berichtsjahr sind wie im Vorjahr saldiert nahezu keine ergebniswirksamen Veränderungen der Pauschalwertberichtigungen zu verzeichnen.

Die Abschreibungen auf Beteiligungen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere, die den Finanzanlagen zugeordnet sind, betragen 2,3 Mio. EUR (Vorjahr: 8,6 Mio. EUR).

Der Ergebnisbeitrag des bankeigenen Immobilienbestandes belief sich im Geschäftsjahr auf 1,5 Mio. EUR (Vorjahr: 3,9 Mio. EUR). Dabei standen den Erträgen aus Mieten, Verkaufsgewinnen und sonstigen Geschäftsvorfällen in Höhe von 6,0 Mio. EUR (Vorjahr: 7,6 Mio. EUR) Aufwendungen aus der Immobilienbewirtschaftung, Abschreibungen, Instandhaltungen und übrige Aufwendungen mit einem Gesamtbetrag von 4,5 Mio. EUR (Vorjahr: 3,7 Mio. EUR) gegenüber.

Die Personalaufwendungen und die anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Geschäftsjahr geringfügig gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 4,4 Mio. EUR (Vorjahr: 12,2 Mio. EUR) enthalten die Abführung des Jahresergebnisses in Höhe von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr: 9,3 Mio. EUR) für die Bedienung des Besserungsscheins zu Gunsten der BVR-SE. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in Höhe von 3,6 Mio. EUR (Vorjahr 2,7 Mio. EUR) Aufwendungen aus der Immobilienbewirtschaftung und -instandhaltung enthalten.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen liegen mit 0,9 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Nach Bedienung des Besserungsscheins, der die Abführung eines handelsrechtlichen Gewinns umfasst, wird ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen.

2.4.3 Finanzlage

Zum Bilanzstichtag beliefen sich die Verbindlichkeiten gegenüber der genossenschaftlichen Zentralbank auf 252,4 Mio. EUR und die zugesagten, aber nicht ausgenutzten Kreditlinien auf 178,9 Mio. EUR; Kündigungen der Refinanzierungslinie seitens der genossenschaftlichen Zentralbank sind nur außerordentlich möglich.

Die bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von 189,0 Mio. EUR (Vorjahr: 73,6 Mio. EUR) entfallen mit 117,6 Mio. EUR auf Bareinlagen des BVR und mit 68,1 Mio. EUR auf Einlagen von Tochter- und Enkelgesellschaften der BAG-Gruppe.

Die Zahlungsfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr stets gegeben. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Geschäftsjahr 2024 einen Wert von mindestens 219 % aus. Zum Bilanzstichtag lag die Stresskennzahl bei 626 % und war im Berichtsjahr stets über dem Mindestwert von 100 %. Die strukturelle Liquiditätsquote NSFR (Net Stable Funding Ratio) lag zum Jahresende bei 107 % und war im Geschäftsjahr 2024 stets über der geforderten Marke von 100 %.

Nennenswerte Liquiditätsbelastungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich nicht ergeben.

Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf ausreichende Liquiditätsreserven zurückgreifen. Durch die Verbindung mit der genossenschaftlichen Zentralbank beste-

hen weitere Steuerungsmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund schätzen wir die Fähigkeit der Bank zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen auch für das kommende Jahr als gesichert ein.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank ist geordnet.

2.5 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren zur Steuerung der Bank und der BAG-Gruppe stellen die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen Zins- und Provisionsspanne, Personalaufwandsspanne, Sachaufwandsspanne und Bewertungsergebnisspanne dar.

Im Geschäftsjahr 2024 ergaben sich nachfolgende Abweichungen von den Planwerten für diese Kennzahlen:

Zins- und Provisionsspanne 1):
Plan: 3,1 % Ist: 3,0 %
Personalaufwandsspanne 2):
Plan: 2,8 % Ist: 2,0 %
Sachaufwandsspanne 3):
Plan: 2,8 % Ist: 1,9 %
Kreditbewertungsergebnisspanne 4):
Plan: 2,0 % Ist: 0,6 %

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3 zuzüglich GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6 im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

2) GuV-Posten 10a im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

3) GuV-Posten 10b zuzüglich GuV-Posten 11 im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

4) GuV-Posten 14 abzüglich GuV-Posten 13 (ohne die Erträge und Aufwendungen die das Wertpapierbewertungsergebnis betreffen) im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres.

Die Abweichungen von den Planwerten sind im Wesentlichen in der über den Plan gestiegenen durchschnittlichen Bilanzsumme begründet. Die geplante durchschnittliche Bilanzsumme belief sich auf 342,3 Mio. EUR und die tatsächliche durchschnittliche Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2024 auf 476,1 Mio. EUR.

2.5.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Verschiedene Maßnahmen wie z. B. der Aufbau und der kontinuierliche Ausbau eines systematischen betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie die Einführung einer „Kultur-Community“ haben in der Vergangenheit zu einer positiven Entwicklung der Unternehmenskultur in der BAG beigetragen. Der Erfolg dieser Maßnahmen spiegelt sich in drei Auszeichnungen von Great Place To Work® in den Jahren 2021, und 2022 sowie durch das Arbeitgeberbewertungsportal kununu in den Jahren 2022 bis 2024 (jeweils für das Folgejahr) wider. Zudem wurde die Bank im Jahr 2024 als familienfreundliches Unternehmen in Hamm ausgezeichnet.

Die BAG Bankaktiengesellschaft unterstützt sowohl den Aufbau von Spezialkenntnissen (z.B. über die Akademie Deutscher Genossenschaften, Montabaur (ADG)) als auch die nebenberufliche Fortbildung der Mitarbeiter in Eigeninitiative. In die Fortbildung der Mitarbeiter innerhalb und außerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe investierte die Bank im Geschäftsjahr 2024 0,3 Mio. EUR.

2.5.3 Vergütungssystem der Mitarbeiter

Die Vergütung der Mitarbeiter der BAG Bankaktiengesellschaft richtet sich grundsätzlich nach dem Manteltarifvertrag und Vergütungstarifvertrag für die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie für die genossenschaftliche Zentralbank. In Einzelfällen gewährt die BAG Bankaktiengesellschaft über die tariflichen Zahlungen hinausgehende fixe Zulagen. Diese sind im Wesentlichen abhängig von der Erfahrung und der qualifizierten Aufgabenwahrnehmung des Mitarbeiters und in den jeweiligen Anstellungsverträgen geregelt. Daneben gibt es auch außertariflich entlohnte Mitarbeiter.

Negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen im Sinne der Institutsvergütungsverordnung gehen von den fixen und variablen Gehaltsbestandteilen sowie den abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen oder Individualvereinbarungen nicht aus. Im Bereich der Kontrolleinheiten setzt die BAG Bankaktien-

gesellschaft über das Vergütungssystem keine Anreize, die der Überwachungsfunktion dieser Einheiten zuwiderlaufen könnten. Auch in diesen Bereichen erfolgt die Vergütung nach den gleichen Grundsätzen wie die Nicht-Kontrolleinheiten.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Zum Bilanzstichtag 2025 wird mit 721,5 Mio. EUR eine leicht geringere Bilanzsumme im Wesentlichen durch die Rückführung von Kundenforderungen und dem Verkauf von Immobilien wie am 31. Dezember 2024 erwartet. Dabei sollen freie liquide Mittel durch Akquisition von Neugeschäftsvolumen in den Ankauf von Kundenforderungen investiert werden.

Das akquirierte Neugeschäftsvolumen wird unverändert von der wirtschaftlich-konjunkturellen Lage in Deutschland und der Entwicklung der Problemkreditvolumina der Genossenschaftsbanken beeinflusst. Für das Geschäftsjahr 2025 werden im Segment BAG-Servicing 340 Neugeschäftsfälle und ein Volumen in Höhe von 153,0 Mio. EUR, im Segment BAG-Forderungsankauf 20 Neugeschäftsfälle und ein Volumen in Höhe von 10,0 Mio. EUR erwartet.

Ausgehend von den Planungen und der nach wie vor bestehenden unbefristeten Besserungsscheinverpflichtung gegenüber der Sicherungseinrichtung des BVR wird für das Geschäftsjahr 2025 kein Gewinnausweis erwartet. Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2025 einen günstigen Geschäftsverlauf. Die Prognose für das Betriebsergebnis liegt oberhalb des Niveaus für das Jahr 2024 und ermöglicht erneut eine Rückführung der Besserungsscheinverpflichtung. Das geplante Betriebsergebnis 2025 wird wesentlich von einem positiven Zins- und Provisionsergebnis, welches die laufenden Erträge aus Beteiligungen beinhaltet, in Höhe von 18,3 Mio. EUR sowie positiven Beiträgen aus dem Bewertungsergebnis in Höhe von 6,2 Mio. EUR beeinflusst. Für das Zinsergebnis wird ein Anstieg zwischen 30 % und 35 % und für das Provisionsergebnis von 5 % bis 10 % gegenüber dem Vorjahr erwartet. Diese Entwicklung basiert auf einem höheren Zinsergebnis, resultierend aus einem höheren Bestand aus Kundenforderungen sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, besseren geplanten laufenden Erträgen aus Beteiligungen sowie steigenden Provisionserträgen. Die Erwartung des positiven Bewertungsergebnisses setzt voraus, dass

weiterhin eine stringente Bearbeitung der Kreditportfolios unter Einhaltung der kalkulierten Bearbeitungsfristen und -kosten sowie der Realisierung der kalkulierten Cashflows erfolgt.

Negative Abweichungen von der Ergebnisplanung für das Geschäftsjahr 2025 können eintreten, wenn das erwartete Bewertungsergebnis aufgrund der derzeit bestehenden Unsicherheiten am Immobilienmarkt oder einer unerwarteten Zinsentwicklung nicht erreicht wird. Darüber hinaus können Ertragspotenziale durch geringere Neugeschäftsabschlüsse fehlen, was insbesondere im Falle einer über den Erwartungen liegenden konjunkturellen Entwicklung in Deutschland eintreten könnte.

Wesentliche Chancen zur Verbesserung unserer Ertragslage sehen wir insbesondere bei einer Erledigung der erworbenen Kreditforderungen unterhalb der kalkulierten Bearbeitungslaufzeiten sowie einer schnelleren Erholung des Immobilienmarktes.

Bei einem steigenden Zins- und Provisionsergebnis wird, bei einer gleichzeitig deutlich höheren durchschnittlichen Bilanzsumme, eine geringere Zins- und Provisionsspanne in Höhe von 2,5 % erwartet. Die Personalaufwandsspanne wird trotz steigendem Personalaufwand mit 1,5 % deutlich unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Außerdem wird erwarteten höheren Sachaufwendungen aufgrund der überproportional steigenden durchschnittlichen Bilanzsumme von einer geringeren Sachaufwandsspanne in Höhe von 1,6 % ausgegangen. Die Entwicklung des Kreditbewertungsergebnisses führt zu einer prognostizierten Spanne in Höhe von 0,71 %. Sämtliche Entwicklungen beruhen auf der gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegenen durchschnittlichen Bilanzsumme aufgrund des Ankaufs von Risikoaktiva.

3.2 Chancen-/Risikobericht

3.2.1 Zielsetzung und Grundlagen des Risikomanagements

Ziel des Risikomanagementsystems der BAG Bankaktiengesellschaft ist es, die für das Kreditinstitut als relevant und wesentlich erkannten Risiken zu bewerten, zu begrenzen, zu überwachen, zu berichten und somit die Existenz der Bank langfristig zu sichern. Darüber hinaus wird durch das implementierte Risikomanagement auch die frühzeitige Erkennung von Chancen ermöglicht, die als positive Planabweichungen verstanden werden. Diese ergeben sich auf Basis der aktuellen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere aus der Übernahme risikobehafteter Aktiva.

Der Vorstand hat Rahmenbedingungen für die risikopolitische Ausrichtung in der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. In der Rahmenanweisung des Vorstands der BAG Bankaktiengesellschaft zum gruppenweiten Risikomanagement werden in Ergänzung zu den Ausführungen in der Geschäfts- und Risikostrategie Regelungen für das gruppenweite Risikomanagement getroffen sowie Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten festgelegt. Die Methoden und Verfahren sowie die grundsätzlichen organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zum Risikomanagementsystem sind im Risikohandbuch dokumentiert. Funktional sind Risikomanagement und Marktbereich bis auf Vorstandsebene getrennt.

Zur Beurteilung und Berichterstattung der Risikosituation ist ein Berichtswesen installiert, das sowohl turnusmäßige Risikoberichte als auch Ad-hoc-Berichte umfasst.

Verantwortlich für die Steuerungs- und Controllingprozesse sowie die Berichterstattung über die Risikosituation ist der Bereich Unternehmenssteuerung, der nicht in das operative Geschäft eingebunden ist.

3.2.2 Deckung der Risikoaktiva durch angemessene Eigenmittel

Ein angemessenes Eigenkapital ist neben einer stets ausreichenden Liquidität die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik. Die Bank verfügte im Geschäftsjahr 2024 stets über die zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erforderliche Eigenmittelausstattung nach CRR II/CRD V und sofern im Geschäftsjahr 2024 bereits anzuwenden nach den Vorgaben von CRR III/CRD VI.

Die anrechenbaren Eigenmittel belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 252,8 Mio. EUR (Vorjahr: 255,9 Mio. EUR). Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen in Höhe von 922,5 Mio. EUR (Vorjahr: 274,3 Mio. EUR) sind durch anrechenbare Eigenmittel gedeckt.

Um frühzeitig Maßnahmen zur Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen einleiten zu können, ist ein Kapitalplanungsprozess installiert, der auch im Rahmen von adversen Betrachtungen möglichen Eigenkapitalbedarf aufzeigt.

Die derzeit vorliegenden Berechnungen lassen in allen Szenarien keinen weiteren Eigenkapitalbedarf erkennen.

3.2.3 Risikotragfähigkeit

Unter Risikotragfähigkeit versteht die BAG Bankaktiengesellschaft die Fähigkeit - auch in der Gruppe - schlagend werdende Risiken aus eigenen Mitteln auffangen zu können; die Risikotragfähigkeit findet ihren quantitativen Ausdruck in der Risikodeckungsmasse.

Die BAG wendet die vermögensorientierte Risikotragfähigkeitskonzeption (ökonomische Perspektive) zu einem in der Risikosteuerung einheitlichem Konfidenzniveau bei Value at Risk-Modellen von 99,9 % bei einem Risikohorizont von 12 Monaten an. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung werden alle wesentlichen Risiken dem barwertig abgeleiteten Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Die barwertige Ableitung des Risikodeckungspotenzials erfolgt anhand der Barwerte von Vermögenspositionen, Verbindlichkeiten und sonstigen Positionen.

Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn die wesentlichen Risiken unter Berücksichtigung von Konzentrationen durch die Risikodeckungsmasse laufend abgedeckt sind. Die Risikodeckungsmasse ist der Anteil am vorhandenen Risikodeckungspotenzial, der tatsächlich zur Deckung von Risiken herangezogen wird. Die Festlegung der Risikodeckungsmasse erfolgt durch den Vorstand und wird auf der Grundlage des ermittelten Risikodeckungspotenzials und unter Berücksichtigung der Risikoneigung des Vorstands vorgenommen.

Die Gegenüberstellung von Risikodeckungsmasse und ermitteltem Risikopotenzial erfolgt separat für die BAG Bankaktiengesellschaft (Einzelinstitutsebene) sowie für die BAG-Gruppe (Gruppenebene).

Gegenstand der Risikotragfähigkeitsbetrachtung auf Gruppenebene sind neben dem Einzelinstitut alle direkten und indirekten Beteiligungen der BAG Bankaktiengesellschaft, die dem Steuerungskreis für das Risikomanagement auf Gruppenebene angehören. Hierzu gehören alle Gesellschaften, auf die das Einzelinstitut unmittelbar oder mittelbar gestalterische Einflussmöglichkeiten ausüben kann und die eine Bilanzsumme von über 150 TEUR aufweisen.

Das Risikotragfähigkeitskonzept wird in Einklang mit den aufsichtlichen Vorgaben des von der BaFin veröffentlichen Leitfadens „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und deren prozessualer Einbindung in die Gesamtbanksteu-

erung („ICAAP“) – Neuausrichtung“ und den Vorgaben des Rundschreibens „Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)“ aufgestellt und umfasst die ökonomische und normative Perspektive.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der Vermögens-/Substanzsituation der Bank weiterhin deutlich gegeben. Die weitere Entwicklung wird fortlaufend intensiv beobachtet.

Die allokierte Risikodeckungsmasse (Gesamtbanklimit) ist zum 31.12.2024 auf Bankebene zu 62,4 % (Vorjahr: 62,8 %) ausgelastet, es wurden keine Limite überschritten.

3.2.4 Risikoarten und ihre Steuerung

Die BAG Bankaktiengesellschaft verschafft sich regelmäßig und anlassbezogen einen Überblick über die für sie relevanten Risiken („Gesamtrisikoprofil“). Im Rahmen einer gruppenweiten Risikoinventur wird diesbezüglich geprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertrags- oder die Liquiditätslage der Bank oder der Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 waren folgende Risiken als wesentlich im Sinne der MaRisk definiert:

- Adressenausfallrisiken
  - Kreditnehmerrisiko (einschl. Migrationsrisiko)
  - Emittentenrisiko (einschl. Migrations- und Spreadrisiken)
- Marktpreisrisiken
  - Zinsänderungsrisiko (einschl. Zinsspannenrisiko, Zinsbasisrisiko, Kursrisiken aus Wertpapieren)
  - Immobilienwertschwankungsrisiko
- Liquiditätsrisiken
  - Refinanzierungskostenrisiko
- Operationelle Risiken
- Beteiligungsrisiko
  - Wertschwankungsrisiko

Nachhaltigkeitsrisiken werden dabei querschnittlich in den jeweiligen Risikoarten berücksichtigt. Risiken aus den Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930 und UIN-Fonds Nr. 1138 werden seit dem 31.12.2024 nicht mehr als Fondsrisiko, sondern in den originären Risikoarten des Emittenten-, Zinsänderungs- sowie Immobilienwertschwankungsrisiko gemessen.

Auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der Risikotragfähigkeitsberechnung steht für das Limitsystem zur Risikosteuerung eine begrenzte Risikodeckungsmasse zur Verfügung.

Die festgelegte Risikodeckungsmasse stellt die Obergrenze für die Limitierung der Risiken auf Ebene des Einzelinstituts bzw. auf Gruppenebene dar. Die Risikodeckungsmasse wird auf die einzelnen, im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigten Risikoarten herunter gebrochen. Neben den Limiten hat die BAG Bankaktiengesellschaft Warngrenzen in Form einer Ampelsystematik festgelegt.

Die regelmäßige Überwachung der Risiken (Einhaltung und Auslastung der Limitgrenzen) erfolgt anhand der im Standardszenario ermittelten Risikopotenziale.

Im Geschäftsjahr 2024 bewegten sich alle Risikoarten innerhalb der eingeräumten Limite. Der vorhandene Risikopuffer erschien jederzeit ausreichend bemessen.

Entsprechend dem Geschäftszweck sind die Adressenausfall- und Immobilienwertschwankungsrisiken von zentraler Bedeutung für die Bank.

3.2.4.1 Adressenausfallrisiko

3.2.4.1.1 Kreditnehmerrisiko

Dem Geschäftszweck folgend sind die auf die BAG Bankaktiengesellschaft übertragenen Forderungen im Wesentlichen Problemkredite im Sinne der MaRisk. Darüber hinaus umfasst das Kreditportfolio der Bank neben Krediten an Tochter- und Enkelgesellschaften auch Kreditengagements, die aufgrund einer Wiedergesundung keine Leistungsstörungen mehr aufweisen. Ziel der Steuerung des Adressenausfallrisikos ist daher primär die Vermeidung zusätzlicher Risiken durch eine stringente Bearbeitung der Kreditengagements verbunden mit der Einhaltung der Kalkulationsparameter, der Nutzung zusätzlicher Erlöspotenziale sowie der Ergreifung von Chancen aus sanierungsbegleitenden Maßnahmen.

Es besteht im Zusammenhang mit den Immobilienwertschwankungs- und Beteiligungsrisiken eine Inter-Risikokonzentration. Die Konzentrationen werden sowohl quantitativ als auch qualitativ in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die Unterlegung der Adressenausfallrisiken mit anrechenbaren Eigenmitteln gemäß den Vorgaben der CRR II/CRD V erfolgt mittels des Kreditrisiko-Standardansatzes.

Das Kreditportfoliomodell basiert auf einem Monte-Carlo-Simulations- bzw. Value at Risk-Ansatz, welches eine Millionen Simulationen durchführt. Die grundlegende Idee ist eine ausfallbasierte Risikomessung unter Berücksichtigung der Volatilität der Werte der vorhandenen Sicherheiten. Im Gegensatz zu den marktgängigen Modellen, wo entweder reine Ausfälle und/oder Bonitätsmigrationen modelliert werden, erfolgt zusätzlich eine Simulation der möglichen Schwankungen der Sicherheitenwerte. Weiterhin werden ebenfalls Migrationsrisiken in der Ermittlung des Adressenausfallrisikos berücksichtigt.

Risiken können sich aus einem weiteren Rückgang der Immobilienpreise sowie höheren Ausfallraten in Folge der konjunkturellen Lage ergeben. Wesentliche Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit sind bislang nicht festzustellen.

3.2.4.1.2 Emittentenrisiko

Zur Einhaltung der LCR und NSFR hat die BAG einen Bestand an hochliquiden Aktiva in Form von Wertpapieren aufgebaut. Weiterhin wird eine AT1-Anleihe der DZ BANK gehalten. Zur Messung der mit diesen Wertpapieren in Verbindung stehenden Emittentenrisiken setzt die BAG das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte (KPM-EG) in VR-Control ein. Das KPM-EG setzt zur Ermittlung der Migrations-, Ausfall- und Spreadrisiken von Eigengeschäften eine Monte-Carlo-Simulation ein und ermöglicht hierdurch eine Analyse auf Portfolio- und Geschäftsebene. In Verbindung mit der gezeichneten AT1-Anleihe der DZ BANK wurde eine Ertragskonzentration identifiziert. Des Weiteren bestehen Emittentenrisiken durch die im Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930 gehaltenen Wertpapiere. Die Risikokennzahlen für das Migrations- und Spreadrisiko dieser Wertpapiere werden durch die Union Investment ermittelt und zur Verfügung gestellt.

3.2.4.2 Marktpreisrisiken

3.2.4.2.1 Zinsänderungsrisiko

Bei dem besonderen Portfolio der Bank kann nur für einen Teil der Kundenforderungen von bekannten und verlässlichen Zahlungsterminen für Zins- und Tilgungsleistungen ausgegangen werden. Die Möglichkeiten der Steuerung des Zinsänderungsrisikos umfassen den Bereich der Geldaufnahme und -anlage sowie Derivate.

Die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene erfolgt barwertig. Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung erfolgt die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos

auf Basis des Marktpreisrisikomodells in VR-Control (Value-at-Risk Modell). Die Simulation erfolgt auf Basis einer historischen Simulation. Weiterhin werden in der barwertigen Beurteilung des Zinsänderungsrisikos ebenfalls die Auswirkungen der aufsichtlichen Ausreißertests ermittelt.

Für die zinssensitiven Bestände in den beiden Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 930 und UIN-Fonds Nr. 1138 werden durch die Union Investment Kennzahlen bereitgestellt.

Die Ergebnisse der Risikomessung werden quartalsweise in ihren Auswirkungen analysiert und dem Vorstand mit Steuerungshinweisen zugeleitet. Aus dem volatilen Zinsumfeld ergeben sich sowohl Chancen als auch Risiken, wobei die Risiken aus fallenden Zinsen in der barwertigen Betrachtung überwiegen. Hierbei können insbesondere sinkende Refinanzierungsaufwände und die Bildung von stillen Reserven bei festverzinslichen Wertpapieren verzeichnet werden. Diesen steht im fallenden Szenario das niedrigere Ertragspotenzial entgegen. In der periodischen Betrachtung resultieren aus steigenden Zinsen Risiken, was insbesondere auf variabel verzinsliche Refinanzierungen zurückzuführen ist.

3.2.4.2.2 Immobilienwertschwankungsrisiko

Das Immobilienwertschwankungsrisiko trifft sowohl für die Bewertung der Immobilien im Eigenbestand der Bank und im Bestand der steuerungsrelevanten Gruppe, für die im Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 gebündelten Anteile an offenen Immobilienfonds, als auch für die Behandlung der als Kreditsicherheit dienenden Immobilien zu, wobei die
Steuerung und Überwachung der als Kreditsicherheit dienenden Immobilien über das Adressenausfallrisiko erfolgt.

Die BAG Bankaktiengesellschaft verfügt über einen im Wesentlichen aus Verwertungsmaßnahmen und im Rahmen ihrer Verbundaufgaben übernommenen Immobilienbesitz sowie durch mittelbar gehaltene Anteile an offenen Immobilienfonds. Die Bilanzierung der im Anlagevermögen gehaltenen Immobilien erfolgt unter Berücksichtigung von planmäßigen und gegebenenfalls außerplanmäßigen Abschreibungen. Die Bilanzierung der im Umlaufvermögen gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Hausverwaltung für den Immobilienbestand erfolgt durch eine externe Hausverwaltungsgesellschaft, wobei die Koordination durch den Bereich „Vorstandsreferat“ sichergestellt wird.

Steuerung und Überwachung der Immobilienwertschwankungsrisiken erfolgen zum einen objektbezogen und zum anderen auf Portfolioebene. Mit den Immobilien im Halteportfolio wird eine nachhaltige Stärkung der Erträge angestrebt. Das Geschäftsjahr 2024 wurde genutzt, um für die strategisch gehaltenen Immobilien des Sachanlagevermögens im Halteportfolio durch gezielte Maßnahmen die Objektwerte zu sichern. Darüber hinaus erfolgte im Geschäftsjahr 2024 im Rahmen der Verbundaufgabe die Übernahme von Immobilien in den bankeigenen Bestand bzw. in Tochtergesellschaften. Für diese, dem Umlaufvermögen zugeordneten Immobilien, ist ein kontinuierlicher Abverkauf vorgesehen. Risiken können sich in Folge eines weiteren Rückgangs der Immobilienpreise ergeben. In Folge des Ankaufs von Immobilien sowie der Auflegung des Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 ist der Anteil der Vermögenswerte aus der Risikoklasse Immobilien am Risikodeckungspotenzial deutlich gestiegen.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung ist dem Immobilienwertschwankungsrisiko auf Bank- und Gruppenebene ein eigenes Risikolimit zugeordnet. Die Ermittlung der Immobilienwertschwankungsrisiken im Eigenbestand erfolgt mittels eines Immobilienportfoliomodells (Value-at-Risk Modell), welches auf einem Monte-Carlo-Ansatz beruht. Für die Risiken im Fondsbestand erfolgt eine Risiko-Kennzahlenbereitstellung durch die Union Investment.

3.2.4.3 Beteiligungsrisiko

Die Handlungen der Tochter- und Enkelgesellschaften der BAG Bankaktiengesellschaft sind darauf ausgerichtet, dem Unternehmenszweck der BAG Bankaktiengesellschaft zu dienen. Sie lassen sich in den Bereich der Dienstleistungsgesellschaften und Zweckgesellschaften untergliedern. Darüber hinaus hält die Bank einzelne Verbundbeteiligungen an Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Die Risiken aus den Beteiligungen resultieren im Wesentlichen aus:

- Übernahme von Verlusten aus Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen
- Kapitalrisiko (Wertverlust, Un- bzw. Unterverzinslichkeit).

Sowohl das Beteiligungsergebnis als auch das Beteiligungsrisiko unterliegen der laufenden Kontrolle und werden in der Gesamtbankplanung und Steuerung integriert betrachtet.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung ist dem Beteiligungsrisiko auf Bank- und Gruppenebene ein eigenes Risikolimit zugeordnet. Die Messung des Beteiligungsrisikos erfolgt mittels eines VaR-basierten Beteiligungsportfoliomodells auf Basis eines Stellvertreter-Ansatzes, bei welchem den Beteiligungen geeignete Indizes zugeordnet werden, um deren Wertschwankungen auf die betrachteten Assets zu übertragen.

Die Strategie des Portfolios Beteiligungen ist innerhalb der Holdingstruktur darauf ausgerichtet, die Ertragspotenziale, die sich in der Regel auf Immobilien oder die angebotenen Dienstleistungen beziehen, zu sichern und zu erschließen. Neben der ständigen Verbesserung der Rentabilität der Gesellschaften ist der forcierte Abbau der Zweckgesellschaften primäres Ziel der Beteiligungsstrategie.

Im Geschäftsjahr 2024 waren sowohl rückläufige Beteiligungswerte als auch Marktwertzuwächse festzustellen.

3.2.4.4 Liquiditätsrisiko

Die BAG definiert ihr Liquiditätsrisiko als Refinanzierungskostenrisiko und Zahlungsunfähigkeitsrisiko.

Das mengenorientierte Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, dass die BAG Bankaktiengesellschaft ihren kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nicht nach kommen kann, wird über eine Liquiditätsablaufbilanz mittels der Gegenüberstellung der Mittelzu- und -abflüsse in unterschiedlichen Zeitbändern ermittelt.

Auf Basis der Gesamtbankplanung wird unter Berücksichtigung erwarteter Zu- und Abflüsse eine im Jahresverlauf kontinuierlich überprüfte Liquiditätsplanung erstellt und erforderlichenfalls angepasst.

Die Bank verfügte auch im Geschäftsjahr 2024 jederzeit über ausreichende Liquidität und kann zur Deckung zusätzlichen Liquiditätsbedarfes auf ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe zurückgreifen. Die LCR beträgt zum Bilanzstichtag 625,8 % (Vorjahr: 573,1 %). Die NSFR beträgt zum Bilanzstichtag 107,0 % (Vorjahr: 106,2 %).

Der für die Ermittlung des preisorientierten Liquiditätsrisikos relevante Risikospread wird auf Basis der historischen Differenzen zwischen der risikofreien (3-Monats-Swap-Tenor-Kurve) und risikobehafteten Zinskurve inkl. institutsindividuellem Refinanzierungsspread (BAG-Kurve) ermittelt. Auf Basis dieser Differenz wird in einem rollierenden Zehnjahreszeitraum ein Risikospread für jedes Laufzeitband der Zinskurve ermittelt. Die Differenz stellt das Liquiditätsrisiko dar und wird als Risiko limitiert.

3.2.4.5 Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken im Sinne des Baseler Ausschusses beinhalten die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund externer Ereignisse eintreten.

Die Unterlegung der operationellen Risiken mit anrechenbaren Eigenmitteln basiert auf den Vorgaben der CRR II/CRD V.

Identifizierung und Beurteilung der operationellen Risiken erfolgen im Rahmen einer jährlich durchzuführenden Risikoinventur. Ziel der Risikoinventur ist es, in den relevanten Geschäftsfeldern der Bank Risikofaktoren zu identifizieren, die vor dem Hintergrund der Geschäftsaktivitäten und der Aufbau- und Ablauforganisation einen finanziellen Schaden auslösen können. Die Risikobeurteilung erfolgt dabei in Form einer qualitativen Selbsteinschätzung (Self-Assessment).

Alle eingetretenen Schadensfälle mit einer Schadenhöhe ab 3 TEUR werden durch den Bereich Unternehmenssteuerung kategorisiert und in eine Schadensfalldatenbank aufgenommen. Der Bereich Unternehmenssteuerung erstellt hieraus vierteljährlich Auswertungen zur Darstellung der Entwicklung der operationellen Schäden.

Die Auswertungen werden an den Vorstand, die risikoverantwortlichen Mitarbeiter und die Interne Revision verteilt. Die Berichterstattung umfasst die Art der eingetretenen Schäden, deren Ursachen, das Ausmaß der Schäden und Risiken sowie die Überwachung von eingeleiteten Gegenmaßnahmen.

Chancen zur Reduzierung ergebnisbelastender Schadensfälle ergeben sich durch die konsequente Umsetzung der internen Richtlinien und Weisungen, die strenge Einhaltung von Vertragswerken sowie die stetige Sensibilisierung der Mitarbeiter.

Die Risikomessung in der ökonomischen Perspektive in agree21ORM erfolgt über ein VaR-Verfahren, für welches die im Rahmen des Self Assessments erhobenen und aggregierten Risikoinformationen über eine Monte-Carlo-Simulation ausgewertet werden. Im Ergebnis werden die Sachschadenshöhe für jedes Einzelrisiko, die Gesamtschadenshöhe der jeweiligen Simulationsläufe unter Berücksichtigung der Einzelrisiken und die Verlustverteilung zur Ableitung der Risikowerte ermittelt.

3.2.4.6 Stress-Tests

Die Analysen der für die BAG Bankaktiengesellschaft relevanten Risiken werden um Stress-Tests ergänzt, mit denen die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen bzw. Bonitätsveränderungen untersucht werden. Stress-Tests helfen, außergewöhnliche, aber plausible Marktentwicklungen und deren Risiko- und Ergebniswirkungen auf die Bank zu messen und zu beurteilen. Neben der Analyse einzelner, risikoartenspezifischer Stress-Szenarien werden sowohl inverse Stress-Tests als auch die Auswirkungen risikoartenübergreifender Stress-Situationen und Risikokonzentrationen betrachtet. Die Ergebnisse der Stress-Tests werden kritisch reflektiert und regelmäßig dem Vorstand berichtet.

Aus der regelmäßigen kritischen Reflektion der Stress-Tests ist die BAG Bankaktiengesellschaft in der Lage, frühzeitig mögliche unerwünschte Entwicklungen abschätzen zu können und Chancen zur Risikoreduzierung und -vermeidung wahrzunehmen.

3.2.5 Interne Revision

Die Interne Revision überwacht und kontrolliert die Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS). Die Interne Revision ist Bestandteil des internen Überwachungssystems, arbeitet weisungsfrei und unbeeinflusst als prozessunabhängige Instanz im Auftrag des Vorstands mit dem Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen und Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Grundlagen hierfür sind die aufsichtsrechtlichen MaRisk. Die Interne Revision führt Prüfungsmaßnahmen auf der Grundlage eines unter Risikogesichtspunkten aufgestellten Prüfungsplanes durch und überwacht die Beseitigung der festgestellten Beanstandungen. Darüber hinaus kommt sie ihren Berichtspflichten gegenüber den Organen der Bank im Rahmen bestehender fachlicher und gesetzlicher Regelungen nach.

4 Erklärung zur Unternehmensführung

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 111 Abs. 5 AktG für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen eine Zielgröße von 16 % festgelegt. Diese Zielgröße wurde während des Zeitraums eingehalten.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 111 Abs. 5 AktG für die Besetzung des Vorstands mit Frauen eine Zielgröße von 33 % bei einer Besetzung des Vorstands mit drei Geschäftsleitern und von 0 % bei einer Besetzung mit zwei Geschäftsleitern festgelegt. Die für die Besetzung des Vorstandes mit zwei Mitgliedern festgelegte Zielgröße entspricht dem Status quo. Eine Steigerung kommt nicht in Betracht, da nach derzeitigem Stand im Bezugszeitraum voraussichtlich keine Stellen frei werden. Die Zielgröße von 0 % wurde während des Zeitraums eingehalten.

Der Vorstand hat gemäß § 76 Abs. 4 AktG und basierend auf dem Status quo für die Besetzung der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstandes mit Frauen eine Zielgröße von 14 % und für die zweite Führungsebene unterhalb des Vorstandes eine Zielgröße von 43 % festgelegt. Diese Zielgröße wurde während des Zeitraums eingehalten.

Die festgelegten Zielgrößen sind maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2027. In der ersten Führungsebene entspricht der Status quo einer Quote von einer Frau, in der zweiten Führungsebene von drei Frauen. Eine Steigerung kommt nur in Betracht, wenn nach derzeitigem Stand im bezeichneten Zeitraum Stellen frei werden oder zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Hamm, den 24. März 2025

BAG Bankaktiengesellschaft

Der Vorstand

Kunsleben

Binczick

Jahresabschluss der
BAG Bankaktiengesellschaft 2024

BAG Bankaktiengesellschaft

Aktivseite **31.12.2024**

	Euro	Euro	Geschäftsjahr Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			1.268,14		4
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	1.268,14	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			34.020.496,97		54.495
b) andere Forderungen			30.028.300,00	64.048.796,97	0
4. Forderungen an Kunden				105.943.047,30	67.252
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	12.270.837,75				(15.624)
Kommunalkredite	0,00				(347)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		15.374.873,28			15.194
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	15.374.873,28				(15.194)
bb) von anderen Emittenten		30.735.625,00	46.110.498,28		30.480
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.735.625,00				(10.480)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	46.110.498,28	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				311.073.641,69	127.339
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen				26.491.437,72	27.505
darunter:					
an Kreditinstituten	223.825,70				(224)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1,00				(0)
an Wertpapierinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				8.057.323,41	8.057
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
an Wertpapierinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				1.161.553,24	1.243
darunter: Treuhandkredite	1.161.553,24				(1.243)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			273.558,00		349
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	273.558,00	0
12. Sachanlagen				22.543.399,32	23.053
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital				0,00	0
14. Sonstige Vermögensgegenstände				147.602.162,09	3.972
15. Rechnungsabgrenzungsposten				160.926,08	127
16. Aktive latente Steuern				0,00	0
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung				0,00	0
18. Nicht durch Eigenkapital gedecker Fehlbetrag				0,00	0
Summe der Aktiva				733.467.612,24	359.070

BAG Bankaktiengesellschaft

Passivseite **31.12.2024**

	Euro	Euro	Geschäftsjahr Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			12.508,55		12
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			252.377.508,85	252.390.017,40	2.230
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		0,00			0
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		0,00	0,00		0
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		23.572.006,04			16.194
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		165.406.926,68	188.978.932,72	188.978.932,72	57.397
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			0,00	0,00	0
darunter:					
Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				1.161.553,24	1.243
darunter: Treuhandkredite	1.161.553,24				(1.243)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				2.880.421,95	10.962
6. Rechnungsabgrenzungsposten				0,00	3.197
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			4.792.802,00		4.979
b) Steuerrückstellungen			663.300,00		2.357
c) andere Rückstellungen			26.266.724,40	31.722.826,40	4.165
8. (gestrichen)					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				0,00	0
10. Genussrechtskapital				0,00	0
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				0,00	0
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital		99.110.258,00			99.110
- Nennbetrag eigene Anteile		-1.950,00	99.108.308,00		-2
b) Kapitalrücklage			157.225.552,53		157.226
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		0,00			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen		0,00			0
cd) andere Gewinnrücklagen		0,00	0,00		0
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust			0,00	256.333.860,53	0
Summe der Passiva				733.467.612,24	359.070

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		25.855.863,11			2.193
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	25.855.863,11		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		667.840,47	667.840,47		718

BAG Bankaktiengesellschaft

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

		Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr gesamt TEUR
1.	**Zinserträge aus**					
	a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		9.018.829,38			5.874
	darunter: abgesetzte negative Zinsen	0,00				(-0)
	b) festverz. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		1.751.435,03	10.770.264,41		246
	darunter: abgesetzte negative Zinsen	0,00				(0)
2.	**Zinsaufwendungen**			2.784.955,88	7.985.308,53	915
	darunter: abgesetzte positive Zinsen	0,00				(93)
3.	**Laufende Erträge aus**					
	a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			340.120,37		272
	b) Beteiligungen			2.141.031,31		1.977
	c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			2.000.000,00	4.481.151,68	0
4.	**Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn-abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen**				380,43	1
5.	**Provisionserträge**			1.899.233,51		1.080
6.	**Provisionsaufwendungen**			2.568,83	1.896.664,68	2
7.	**Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands**				0,00	0
8.	**Sonstige betriebliche Erträge**				7.203.850,83	8.837
9.	**(gestrichen)**					
10.	**Allgemeine Verwaltungsaufwendungen**					
	a) Personalaufwand					
	aa) Löhne und Gehälter		7.895.568,53			7.634
	ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		1.771.802,89	9.667.371,42		1.694
	darunter: für Altersversorgung	402.057,13				(403)
	b) andere Verwaltungsaufwendungen			8.291.659,49	17.959.030,91	8.154
11.	**Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen**				908.467,83	868
12.	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**				4.421.534,63	12.195
	darunter: für Aufzinsung Altersversorgung	53.062,00				(67)
13.	**Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forde-rungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft**			0,00		0
14.	**Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft**			4.378.289,29	4.378.289,29	21.710
15.	**Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere**			2.332.804,99		8.637
16.	**Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren**			0,00	-2.332.804,99	0
17.	**Aufwendungen aus Verlustübernahme**				0,00	0
18.	**(gestrichen)**					
19.	**Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit**				323.807,08	(102)
20.	**Außerordentliche Erträge**			0,00		0
21.	**Außerordentliche Aufwendungen**			0,00		0
22.	**Außerordentliches Ergebnis**				0,00	0
23.	**Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**			415.198,67		-43
24.	**Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen**			-91.391,59	323.807,08	-59
25.	**Erträge aus Verlustübernahme**				0,00	0
26.	**Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinn-abführungsvertrags abgeführte Gewinne**				0,00	0
27.	**Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag**				0,00	0
28.	**Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr**				0,00	0
29.	**Entnahmen aus der Kapitalrücklage**				0,00	0
30.	**Entnahmen aus Gewinnrücklagen**					
	a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
	b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
	c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			0,00		0
	d) aus anderen Gewinnrücklagen			0,00	0,00	0
31.	**Entnahmen aus Genussrechtskapital**				0,00	0
32.	**Einstellungen in Gewinnrücklagen**					
	a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
	b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
	c) in satzungsmäßige Rücklagen			0,00		0
	d) in andere Gewinnrücklagen			0,00	0,00	0
33.	**Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals**				0,00	0
34.	**Bilanzgewinn / Bilanzverlust**				0,00	0

Anhang der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm zum 31. Dezember 2024

Allgemeine Angaben

Die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm (BAG), eingetragen beim Amtsgericht Hamm unter HRB 1175, hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Wertpapierinstitute (RechKredV) erstellt.

Der Jahresabschluss ist nach den gesetzlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften, die Bilanz gemäß Formblatt 1 der RechKredV sowie die Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform (Formblatt 3 der RechKredV) aufgestellt.

A. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Barreserven und Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt.

Die bis zum 31. Dezember 2012 erworbenen Forderungen an Kunden werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten angesetzt. Die ab dem 1. Januar 2013 erworbenen Forderungen wurden bis zum 31.12.2023 unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 340e Abs. 2 HGB mit ihrem Nennbetrag (entspricht dem erwarteten Cashflow ohne Berücksichtigung von Abzinsung) angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen zum Nennbetrag angesetzten Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag (in Höhe des abgezinsten und um Bearbeitungskosten geminderten Nennbetrag) wurde bis zum 31.12.2023 in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen. Dieser Unterschiedsbetrag wurde zeitanteilig aufgelöst.

Im Berichtsjahr wurde die Bilanzierungsmethode für die ab dem 1. Januar 2013 erworbenen Forderungen geändert, um die Zinseffekte bzw. die hinzuaktivierten Zinsen bei Forderungen an Kunden in diesem einen Bilanzposten abzubilden. Diese Forderungen werden abweichend zum Vorjahr zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag der Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag hat Zinscharakter und ist zu verteilen, indem eine entsprechende Zuschreibung als nachträgliche Anschaffungskosten auf den Buchwert der Forderungen vorgenommen wird. In der Gewinn- und Verlustrechnung sind diese Beträge demzufolge weiterhin als Zinsertrag auszuweisen.

Die Änderung der Bilanzierungsmethode hat als Auswirkung auf die Bilanz zur Folge, dass der Unterschiedsbetrag den Aktivposten Forderungen an Kunden und den passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 8.456 mindert.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Bildung von Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, bilanzieren wir entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften des § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB. Die Bewertung erfolgt damit nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Zur Bewertung wurden größtenteils die von den "Wertpapiermitteilungen" (WM Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse, die grundsätzlich auf Börsenkurse basieren, zugrunde gelegt.

Bei den im Vorjahr erworbenen und dem Anlagevermögen zugeordneten AT 1-Anleihen der DZ BANK AG, Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DZ BANK) wird der beizulegende Zeitwert mittels eines Bewertungsmodells (Discounted-Cashflow-Verfahren) ermittelt. Dabei werden die künftigen Zins- und Tilgungszahlungen prognostiziert und mit risiko- und laufzeitadäquaten Zinssätzen auf ihren derzeitigen Barwert abgezinst.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet und somit nach dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert.

Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt. Einzelne Beteiligungen resultieren aus in Vorjahren geschlossenen Tauschgeschäften und sind nach Tauschgrundsätzen unter Buchwertfortführung sowie nach Tauschgrundsätzen mit Gewinnrealisierung bewertet.

Vermögensgegenstände, die im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehalten werden, werden unter den Posten Treuhandvermögen zu Anschaffungskosten ausgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten vermindert um die lineare Abschreibung bewertet, die sich an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer orientierten.

Das bewegliche Sachanlagevermögen sowie die Einbauten in fremden Gebäuden werden mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauer beträgt für die Betriebs- und Geschäftsausstattung 1 bis 20 Jahre; für Einbauten in fremden Gebäuden 10 Jahre. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von EUR 250 werden als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Im Berichtsjahr zugegangene Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als EUR 250 bis zu EUR 800 werden voll abgeschrieben.

Die Grundstücke und Gebäude werden zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige (bei Gebäuden des Anlagevermögens) und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Sofern die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, werden entsprechend § 253 Abs. 5 HGB Zuschreibungen vorgenommen. Bei den aus dem Umlaufvermögen umgewidmeten Immobilien (ehemals Rettungserwerbe) des Sachanlagevermögens wird die planmäßige Abschreibung entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Die planmäßige Abschreibung wird bei diesen Immobilien ab dem Monat der Umwidmung vorgenommen. Die Umwidmung dieser Immobilien erfolgt spätestens fünf Jahre nach Zugang des Rettungserwerbs.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten angesetzt und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Unter dem Bilanzposten sonstige Vermögensgegenstände werden die Grundstücke und Gebäude (Erwerbe von Drittinstituten, Rettungserwerbe) ausgewiesen, die sich nicht länger als fünf Jahre im Bestand befinden. Die Bilanzierung dieser Immobilien erfolgt zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens erfolgt gemäß § 284 Abs. 3 HGB nach der Brutto-Methode (siehe Anlagespiegel unter B.).

Den latenten Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt über ein Expected-Credit-Loss-Modell, bei dem ein erwarteter Verlust über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien ermittelt wird. Die Berechnung des erwarteten Verlusts erfolgt auf Basis einer ausfallbasierten Risikomessung unter Berücksichtigung der Volatilität der Werte der vorhandenen Sicherheiten für alle unter den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäften sowie für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverpflichtungen und anderen Verpflichtungen (einschließlich unwiderruflicher Kreditzusagen).

Allen im Kreditgeschäft anhaftenden Einzelrisiken und das allgemeine latente Kreditrisiko wurden durch eine angemessene Risikovorsorge abgedeckt.

Für Forderungen erfolgt die Risikovorsorge durch Einzelwertberichtigungen. Im Hinblick auf unwiderrufliche Kreditzusagen und Eventualverpflichtungen erfolgt die bilanzielle Erfassung der Risikovorsorge in Form einer Rückstellung.

Für besondere Einzelrisiken liegen Deckungserklärungen der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin, vor.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden ermittelt. Dabei werden bei der BAG nicht nur die Unterschiede aus den eigenen Bilanzposten einbezogen, sondern auch solche, die bei Organgesellschaften bestehen. Eine Berücksichtigung von steuerlichen Verlustvorträgen erfolgt nicht. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organ-

kreises der BAG von aktuell 32,10 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer. Die sich für die Bank ergebende Steuerentlastung resultiert im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden bei den Beteiligungen, Wertpapieren und Kundenforderungen sowie den unterschiedlichen Wertansätzen der Pensionsrückstellungen.
Die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Schulden, die im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehalten werden, werden unter den Posten Treuhandverbindlichkeiten zu Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden bis zum Vorjahresabschluss Zinsen und Bearbeitungsgebühren ausgewiesen, die zukünftigen Rechnungsperioden zuzurechnen waren. Insbesondere erfolgte hier der Ausweis von Unterschiedsbeträgen (Abzinsungsbeträge inklusive Bearbeitungskosten) zwischen zum Nennwert angesetzten Forderungen und den geringeren Auszahlungsbeträgen. Im Zuge der vorab beschriebenen Änderung der Bilanzierungsmethode wird der passive Rechnungsabgrenzungsposten im Berichtsjahr nicht mehr ausgewiesen.

Die Rückstellungen werden nach § 253 HGB bewertet, wonach sie gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages insbesondere unter Berücksichtigung von Kostensteigerungen und Gehaltstrends anzusetzen und grundsätzlich nach § 253 Abs. 2 HGB mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abzuzinsen sind. Allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wurde Rechnung getragen.

Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen wird die international anerkannte Projected Unit Credit Method als Bewertungsmethode herangezogen. Bei der Bewertung nach der Projected Unit Credit Method wird unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze ein Rechnungszins von 1,90 % und eine Dynamik nach Anpassung der laufenden Renten von 2,00 % sowie Fluktuationswahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Die aufgelaufene Inflation wurde mit einer Erhöhung der Rückstellungswerte bei den laufenden Renten um 3,00 % berücksichtigt. Als Rechnungszins wird der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten 10 Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Pensionsrückstellungen werden auf der Grundlage der Richttafeln Heubeck 2018 G ermittelt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren (1,90 %) und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren (1,97 %) ist negativ und beträgt - EUR 34.917. Damit ist keine Ausschüttungssperre zu beachten.

Der Rückstellungstest zur Berechnung der Drohverlustrückstellung aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) gemäß IDW RS BFA 3 n.F. erfolgt nach der barwertigen Methode. Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS

BFA 3 n.F. verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs und um den Risikokosten- und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen eventuell verbleibenden Verlustüberhang wäre eine Drohverlustrückstellung zu bilden. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2024 war keine Rückstellung zu bilden.

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen mit den Valuten am Bilanzstichtag ausgewiesen.

Zahlungen von Mitteln der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) resultieren aus der Abrechnung erhaltener Deckungserklärungen für besondere Einzelrisiken. Diese erhaltenen Zahlungen werden den betroffenen Bilanzposten und Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung zugeordnet.

B. Entwicklung des Anlagevermögens der BAG Bankaktiengesellschaft

Die Entwicklung der wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2024 stellt sich folgendermaßen dar:
(Gliederung nach § 284 Abs. 3 HGB, § 34 Abs. 3 RechKredV)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen							Buchwerte	
	Stand am 01.01.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen & Umwidmungen aus dem (+) bzw. in das (-) Umlauf-vermögen	Stand am 31.12.2024	Stand am 01.01.2024	Zugänge (Abschreibungen des laufenden Jahres)	Zuschreibungen (auf Abschreibungen voran-gegangener Jahre)	Weitere Änderungen durch Zugänge	Weitere Änderungen durch Abgänge	Weitere Änderungen durch Umbuchungen & Umwidmungen aus dem (+) bzw. in das (-) Umlauf-vermögen	Stand am 31.12.2024	Stand Geschäftsjahr	Stand Vorjahr
	(kumuliert)	(Geschäftsjahr)	(Geschäftsjahr)	(gesamt)	(kumuliert)	(kumuliert)	(Geschäftsjahr)	(Geschäftsjahr)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(kumuliert)	(saldiert)	(saldiert)
	Vortrag (+)	+	-	+ / -	Endbestand (+)	Vortrag (+)	+	-	+	-	+ / -	Endbestand (+)	Bilanzansatz	Bilanzansatz
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Immaterielle Vermögensgegenstände														
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.307	19	0	0	2.326	1.958	94	0	0	0	0	2.052	274	349
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
d) geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	**2.307**	**19**	**0**	**0**	**2.326**	**1.958**	**94**	**0**	**0**	**0**	**0**	**2.052**	**274**	**349**
2. Sachanlagen														
a) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	37.491	166	0	0	37.657	14.891	655	0	0	0	0	15.546	22.111	22.600
b) technische Anlagen und Maschinen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
c) andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.069	139	-112	0	1.096	616	159	0	0	-111	0	664	432	453
d) geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Sachanlagen	**38.560**	**305**	**-112**	**0**	**38.753**	**15.507**	**814**	**0**	**0**	**-111**	**0**	**16.210**	**22.543**	**23.053**
3. Finanzanlagen														
a) Anteile an verbundenen Unternehmen	12.915	0	0	0	12.915	4.858	0	0	0	0	0	4.858	8.057	8.057
a) Beteiligungen	36.054	0	0	0	36.054	8.549	1.014	0	0	0	0	9.563	26.491	27.505
b) Wertpapiere des Anlagevermögens	22.427	0	0	0	22.427	88	1.320	0	0	0	0	1.408	21.019	22.339
c) sonstige Ausleihungen	1.322	48	0	0	1.370	1.129	0	0	0	0	0	1.129	241	193
Summe Finanzanlagen	**72.718**	**48**	**0**	**0**	**72.766**	**14.624**	**2.334**	**0**	**0**	**0**	**0**	**16.958**	**55.808**	**58.094**
Gesamtsumme	**113.585**	**372**	**-112**	**0**	**113.845**	**32.089**	**3.242**	**0**	**0**	**-111**	**0**	**35.220**	**78.625**	**81.496**

C. Erläuterungen zur Bilanz

1. Forderungen an Kreditinstitute

In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen in Höhe von TEUR 62.958 an der DZ BANK enthalten, die als Zentralbank fungiert. Die davon zur Erfüllung der Mindestreserveverpflichtung indirekt gehaltenen Mittel betragen TEUR 639.

Die im Aktivposten Nr. 3 Buchstabe b ausgewiesene andere Forderungen an Kreditinstituten in Höhe von TEUR 30.028 haben eine Restlaufzeit bis drei Monate.

Mit der DZ BANK besteht ein Beteiligungsverhältnis.

2. Forderungen an Kunden

Die Restlaufzeiten der in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen stellen sich wie folgt dar:

bis drei Monate	12.960	TEUR
mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.780	TEUR
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	48.954	TEUR
mehr als fünf Jahre	39.225	TEUR
Zinsabgrenzung	24	TEUR
Summe	105.943	TEUR

In den Forderungen an Kunden sind Rangrücktritte in Höhe von TEUR 3.731 (Vorjahr: TEUR 3.175) enthalten.

Die ausschließlich unverbrieften Forderungen enthalten solche an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 14.831 (Vorjahr: TEUR 8.306; darin waren TEUR 5.481 von unserer Anteilseignerin BVR enthalten) und an Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von TEUR 8.826 (Vorjahr: TEUR 9.551).

Der Unterschiedsbetrag mit Zinscharakter zwischen dem Nennbetrag der Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag beträgt TEUR 8.456.

Die Pauschalwertberichtigung reduzierte sich von TEUR 173 um TEUR 12 auf TEUR 161.

3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen

	börsen-fähig	börsen-notiert	nicht börsen-notiert	nicht nach dem Niederstwert-prinzip bewertete börsenfähige Wertpapiere
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	46.110	26.110	20.000	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0
Beteiligungen	0	0	0	0

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinsliche Wertpapiere sind mit einem Volumen von TEUR 6.685 innerhalb des Jahres 2025 fällig.

Bei den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren handelt es sich um AT1-Anleihen der DZ BANK mit einem Buchwert von TEUR 20.000. Der beizulegende Zeitwert dieser nachrangigen Wertpapiere beläuft sich auf TEUR 20.621.

Im Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden folgende Anteile an Sondervermögen im Sinn des § 1 Abs. 10 KAGB von mehr als 10 Prozent ausgewiesen:

Bezeichnung des Fonds	Wert nach §§ 168, 278 KAGB, § 36 InvG a.F. oder vergleichbarer ausländischer Vorschriften	Differenz zum Buchwert	Erfolgte Ausschüttung für das Geschäftsjahr	Abschreibung für das Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
UIN-Fonds Nr. 930 der Union Investment Institutional GmbH, Frankfurt am Main ISIN DE000A2DP6J9	62.087	3.361	0	0
UIN-Fonds Nr. 1138 der Union Investment Institutional GmbH, Frankfurt am Main ISIN DE000A3D34T7	251.329	0	0	671

Der UIN-Fonds Nr. 930 ist ein Spezialfonds, der in renten- und geldmarktorientierten Werten investiert. Anlageziel des Sondervermögens ist, eine angemessene Rendite und marktgerechte Erträge zu erzielen. Gleichzeitig liegt der Anlagestrategie ein Wertsicherungskonzept zugrunde. Beschränkungen in der täglichen Rückgabemöglichkeit bestehen grundsätzlich nicht.

Der UIN-Fonds Nr. 1138 ist ein Spezialfonds, der in offene Fremdzielimmobilienfonds investiert. Im Berichtsjahr erfolgte die Übernahme von Anteilen an offenen Fremdzielimmobilienfonds. Es bestehen Beschränkungen in der täglichen Rückgabemöglichkeit, da sich aus den offenen Fremdzielimmobilienfonds im Sondervermögen nicht ohne Weiteres Liquidität generieren lässt. Mittelfristig ist ein Verkauf der Fremdzielimmobilienfonds vorgesehen. Für den UIN-Fonds Nr. 1138 besteht eine Deckungserklärung der BVR-SE in Form einer Barunterlegung in Höhe von insgesamt TEUR 117.645, wovon ein Betrag in Höhe von TEUR 64.727 erforderliche Wertberichtigungen und ein Betrag in Höhe von TEUR 52.917 Unterdeckungen für Refinanzierungs- und Bearbeitungsaufwand abdeckt.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthalten keine von verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

4. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die nach § 285 Nr. 11 HGB i. V. m. § 34 Abs. 1 RechKredV erforderlichen Angaben über Anteile an anderen Unternehmen werden in einer Aufstellung des Anteilsbesitzes unter dem Gliederungspunkt E. 5. dargestellt.

5. Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen besteht ausschließlich aus Treuhandkrediten, bei denen es sich um Forderungen an Kunden handelt.

6. Immaterielle Anlagewerte

Unter den immateriellen Anlagewerten werden ausschließlich entgeltlich erworbene Software und Lizenzen ausgewiesen.

7. Sachanlagen

Die Sachanlagen beinhalten in Höhe von TEUR 22.111 (Vorjahr: TEUR 22.601) die aus dem Umlaufvermögen umgewidmeten Immobilien (ehemalige Rettungserwerbe). Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine Objekte umgewidmet. Des Weiteren werden unter diesem Bilanzposten die Betriebs- und Geschäftsausstattung nebst Einbauten in fremden Gebäuden und den Fahrzeugen in Höhe von insgesamt TEUR 432 (Vorjahr: TEUR 452) ausgewiesen.

8. Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten sind im Wesentlichen die im Berichtsjahr erworbenen Immobilien mit TEUR 140.431 (Vorjahr: TEUR 0), Instandhaltungsrücklagen für Immobilien mit TEUR 1.286 (Vorjahr: TEUR 1.662) und Forderungen aus Vermietung und Verpach-

tung mit TEUR 416 (Vorjahr TEUR 99) enthalten. Die unter diesem Posten ausgewiesenen Erstattungsansprüche auf Steuern betragen TEUR 2.290 (Vorjahr: TEUR 823) und die Forderungen an verbundenen Unternehmen TEUR 595 (Vorjahr: TEUR 484). Des Weiteren beinhalten die sonstigen Vermögensgegenstände sonstige Forderungen aus dem Geschäftsfeld Servicing in Höhe von TEUR 915 (Vorjahr: TEUR 155), ausstehende Lastschrifteinzüge in Höhe von TEUR 636 (Vorjahr: TEUR 500) und nachrangige Gründungsstockdarlehen in Höhe von TEUR 241 (Vorjahr: TEUR 193).

9. Fremdwährungsposten

In den Vermögensgegenständen sind wie im Vorjahr keine Fremdwährungen enthalten.

10. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber der DZ BANK in Höhe von TEUR 252.378 (Vorjahr: TEUR 2.230) enthalten, die als Zentralbank fungiert.

Mit der DZ BANK besteht ein Beteiligungsverhältnis.

Die Restlaufzeiten der im Passivposten Nr. 1 Buchstabe b ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist stellen sich wie folgt dar:

bis drei Monate	167	TEUR
mehr als drei Monate bis ein Jahr	46	TEUR
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	117.499	TEUR
mehr als fünf Jahre	134.666	TEUR
Zinsabgrenzung	0	TEUR
Summe	252.378	TEUR

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in Höhe von insgesamt TEUR 182.875 (Vorjahr: TEUR 2.230) zweckgebunden.

11. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Restlaufzeiten der im Passivposten Nr. 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb ausgewiesenen anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist stellen sich wie folgt dar:

bis drei Monate	14.015	TEUR
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.100	TEUR
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	28.647	TEUR
mehr als fünf Jahre	117.645	TEUR
Zinsabgrenzung	0	TEUR
Summe	165.407	TEUR

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind nicht durch die Übertragung von Vermögensgegenständen besichert.

Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 117.645 betreffen Sichteinlagen des BVR, mit denen die Deckungserklärung des BVR für den UIN-Fonds Nr. 1138 bar unterlegt ist.

Die ausschließlich unverbrieften Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten solche gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 61.586 (Vorjahr: TEUR 61.298) und gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von TEUR 6.503 (Vorjahr: TEUR 9.431).

12. Treuhandverbindlichkeiten

Sämtliche Treuhandverbindlichkeiten stellen Treuhandkredite dar, bei denen es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt.

13. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind innerhalb des nächsten halben Jahres fällig und enthalten mit TEUR 550 (Vorjahr: TEUR 9.264) die Leistung auf die Besserungsscheinverpflichtung zugunsten der Sicherungseinrichtung des Gesellschafters (BVR-SE), mit TEUR 1.051 (Vorjahr: TEUR 502) unbezahlte Rechnungen gegenüber Dritten und mit TEUR 777 (Vorjahr: TEUR 573) ausstehende Abführungen von Personen- und Betriebssteuern. Die sonstigen Verbindlichkeiten aus dem Erwerb, Verkauf und der Vermietung von Immobilien betragen TEUR 232 (Vorjahr: TEUR 365). Weitere Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von TEUR 99 (Vorjahr: TEUR 50) gegenüber verbundenen Unternehmen. Im Berichtsjahr bestehen keine Verbindlichkeiten (Vorjahr: TEUR 0) gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

14. Passive Rechnungsabgrenzung

In diesem Bilanzposten wurde im Vorjahr mit einem Betrag von TEUR 3.197 der Unterschiedsbetrag (Abzinsungsbetrag inklusive Bearbeitungskosten) aus den seit 2013 erworbenen Kundenforderungen ausgewiesen. Aufgrund der vorab beschriebenen Änderung der Bilanzierungsmethode wird der passive Rechnungsabgrenzungsposten im Berichtsjahr nicht mehr ausgewiesen.

15. Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten Anwartschaften und laufende Rentenzahlungen.

Die Steuerrückstellungen betreffen die Gewerbesteuer für das Geschäftsjahr 2024 (TEUR 600) sowie die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag für das Geschäftsjahr 2024 (TEUR 63).

In dem Bilanzposten „andere Rückstellungen“ sind sonstige Rückstellungen für Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von TEUR 22.249 (Vorjahr: TEUR 459), das Kreditgeschäft mit TEUR 1.101 (Vorjahr: TEUR 890), Sozialpläne mit TEUR 436 (Vorjahr: TEUR 459) enthalten. Der Anstieg der Rückstellungen für Bürgschaften und Garantien resultiert im Wesentlichen aus der gebildeten Risikovorsorge für übernommene Eventualverbindlichkeiten. Im Rahmen der Ermittlung von Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 reduzierten sich die Rückstellungen für erwartete Verluste aus unwiderrufliche Kreditzusagen und Eventualverpflichtungen auf TEUR 48 (Vorjahr: TEUR 76).

16. Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist in der Übernahme von Eventualverbindlichkeiten im Zuge des Ankaufs von Kreditengagements begründet.
Vom Ausweis der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen entfallen keine (Vorjahr: TEUR 100) auf verbundene Unternehmen. Gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen wie im Vorjahr keine Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen.

Sämtliche Eventualverbindlichkeiten sind nicht durch die Übertragung von Vermögensgegenständen besichert.

Die anderen Verpflichtungen betreffen in voller Höhe die unwiderruflichen Kreditzusagen. Gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen wie im Vorjahr keine unwiderruflichen Kreditzusagen.

Das Risiko und die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme für gemäß der §§ 26 und 27 RechKredV unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen schätzen wir unter Beachtung der Entwicklungen der Vorjahre und der in den Rückstellungen berücksichtigten Risikovorsorgen sowie der bestehenden Deckungserklärungen der BVR-SE als nicht wesentlich ein.

17. Fremdwährungsposten

In den Verbindlichkeiten sowie den Eventualverbindlichkeiten sind wie im Vorjahr keine Fremdwährungen enthalten.

18. Termingeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Termingeschäfte.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Die Zinserträge beinhalten mit TEUR 20 (Vorjahr: TEUR 235) periodenfremde Erträge, die im Berichtsjahr realisiert wurden.

Aus der Zuschreibung nachträglicher Anschaffungskosten aus dem Unterschiedsbetrag mit Zinscharakter zwischen dem Nennbetrag der Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag wurden im Berichtsjahr Zinserträge von TEUR 1.414 (Vorjahr: TEUR 546 aus der Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens) erzielt.

Die Zinserträge enthalten insgesamt Erträge aus abgerechneten Deckungserklärungen der BVR-SE in Höhe von TEUR 545.

Es sind wie im Vorjahr keine negativen Zinsen in den Zinserträgen enthalten.

2. Die Zinsaufwendungen sind aufgrund von Erstattungen von Zinsen und ähnlichen Aufwendungen durch die BVR-SE im Zusammenhang mit abgerechneten Deckungserklärungen um TEUR 2.518 gemindert.
Es sind keine negativen Zinsen in den Zinsaufwendungen enthalten (Vorjahr: TEUR 93).

3. Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen festverzinslichen Wertpapieren belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR 340 (Vorjahr: TEUR 272). Gleichzeitig erhöhten sich die laufenden Erträge aus Beteiligungen im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 1.977 auf TEUR 2.141. Die laufenden Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen bestehen in voller Höhe (Vorjahr: TEUR 0) aus einer Gewinnausschüttung der GHG Gesellschaft für Haus- und Grundbesitzvermittlung mbH.

4. Die in den Provisionsaufwendungen enthaltenen Aufwendungen für Treuhandkredite in Höhe von TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 16) wurden mit den Provisionserträgen aus Treuhandkrediten verrechnet.

5. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung von im Eigentum der Bank befindlichen Immobilien von TEUR 5.818 (Vorjahr: TEUR 5.078) ausgewiesen. Da im Berichtsjahr keine Immobilien verkauft wurden, wurden keine Gewinne aus dem Abgang von Immobilien erzielt (Vorjahr: TEUR 2.384) und es sind wie im Vorjahr keine Erträge aus Zuschreibungen zu verzeichnen.

6. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betragen TEUR 908 (Vorjahr: TEUR 868). Diese entfallen wie im Vorjahr vollständig auf planmäßige Abschreibungen.

7. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen mit TEUR 550 (Vorjahr: TEUR 9.264) die Leistung auf die Besserungsscheinverpflichtung zugunsten der BVR-SE.

Die unter diesem Posten ausgewiesenen Aufwendungen für bankeigene Immobilien belaufen sich auf TEUR 3.596 (Vorjahr: TEUR 2.720). Davon entfallen TEUR 1.006 (Vorjahr: TEUR 702) auf die Instandhaltung sowie TEUR 18 (Vorjahr: TEUR 14) auf Immobilienvermittlungsprovisionen. Im Berichtsjahr sind wie im Vorjahr keine Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB erforderlich.

Des Weiteren werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Immobilienvermittlungsprovisionen für den Verkauf von Immobilien von Kunden im Rahmen der Sicherheitenverwertung in Höhe von TEUR 110 (Vorjahr: TEUR 43) ausgewiesen.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 59 (Vorjahr: TEUR 70) betreffen mit TEUR 53 die Aufzinsung von Pensionsrückstellungen (Vorjahr: TEUR 67) sowie mit TEUR 6 die Aufzinsung der Rückstellungen für Sozialpläne und Betriebsprüfungen (Vorjahr: TEUR 3).

8. In dem mit den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft verrechneten Posten Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft sind Erträge aus der Abrechnung von Deckungserklärungen der BVR-SE in Höhe von TEUR 145.081 enthalten. Gleichzeitig wurden für angekaufte Forderungen und Avale Risikovorsorgen in Höhe von TEUR 144.410 gebildet und Abschreibungen für den Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 in Höhe von TEUR 671 vorgenommen.

9. Während im Vorjahr die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag das Ergebnis mit TEUR 43 entlasteten, belasten diese mit TEUR 415 das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Berichtsjahres.

10. Die sonstigen Steuern betreffen insbesondere Grundsteuern mit TEUR 104 (Vorjahr: TEUR 114), denen Erstattungen von TEUR 238 (Vorjahr: TEUR 173) gegenüberstehen.

E. Sonstige Angaben

1. Aktionäre/Aktien

	Aktionäre	Aktien	Grund-kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklage
	Anzahl	Stück	EURO	EURO	EURO
Anfang 2024	7	3.811.933	99.108.308	157.225.553	0
Zugang 2024	0	0	0	0	0
Abgang 2024	6	0	0	0	0
Ende 2024	1	3.811.933	99.108.308	157.225.553	0

Der BVR hat im Berichtsjahr 34 Aktien von Kleinaktionären erworben.

Bei den Aktien handelt es sich ausschließlich um Stammaktien.

Der BVR hat der BAG eine Mehrheitsbeteiligung gemäß § 16 Abs. 1 AktG angezeigt.

Der Anteil des auf die 75 eigenen Aktien entfallenden Grundkapitals beträgt wie im Vorjahr 0,002 % bzw. EUR 1.950,00. Der Nennwert je vinkulierter Namensaktie beträgt EUR 26,00.

2. Durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	11,00	0,00
Handlungsbevollmächtigte	31,00	11,00
Angestellte	31,50	13,50
Gewerbliche Arbeitnehmer	0,00	0,00
Summe	**73,50**	**24,50**

Es wurden durchschnittlich 10,00 Auszubildende beschäftigt.

3. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

Finanzielle Verpflichtung	Erfüllungsbeträge (Mio. EUR)
Mietvertrag für das Gebäude Hamm, Gabelsbergerstr. 1a; der Mietvertrag läuft mindestens bis zum 31. Januar 2027	1,6
Besserungsscheinverpflichtung zur Abführung eines handelsbilanziellen Gewinns zugunsten der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin	426,8
	428,4

Weitere nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin, (Garantieverbund) in Höhe von TEUR 990.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin, (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung beziehungsweise Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie für Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

4. Aufstellung des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB

Die BAG Bankaktiengesellschaft besitzt folgende direkte und indirekte Kapitalanteile in Höhe von mindestens 20 Prozent an folgenden Unternehmen:

lfd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von lfd. Nr.	Anteil am Kapital unmittelbar	Anteil am Kapital durchgerechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
4.1 Direkter Anteilsbesitz									
1	GHG Gesellschaft für Haus- und Grundbesitzvermittlung mbH	Hamm	(BAG)	100	100	2024	20.291.116,43	2024	2.514.928,18
2	PROMOTA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (vormals: PROMOTA-Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH)	Hamm	(BAG)	100	100	2024	-11.327.447,53	2024	0,00
3	UIW 2 GmbH (vormals: Deutsche Wohnen Kiel GmbH) *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2023	23.299.525,51	2023	1.120.838,89
4	UIW 3 GmbH (vormals: BauBeCon Assets GmbH) *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2023	47.496.719,62	2023	284.586,15
5	UIW 4 GmbH (vormals: Hamnes Investments GmbH) *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2023	11.715.805,61	2023	-601.447,20
6	UIW 5 GmbH (vormals: DWRE Erfurt GmbH) *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2023	25.000,00	2023	180.397,03
7	Union Investment Institutional Property GmbH *)	Hamburg	(BAG)	10	10	2023	45.450.539,73	2023	11.768.495,49
8	Union Investment Real Estate Austria AG *)	Wien	(BAG)	5,5	5,5	2023	9.190.818,62	2023	2.081.200,16
9	ZBI GmbH *)	Erlangen	(BAG)	5,1	5,1	2023	4.877 TEUR	2023	-9.786 TEUR
4.2 Indirekter Anteilsbesitz									
10	ABV Grundstücksverwaltungs-gesellschaft mbH	Hamm	19	100	49,7	2023	-17.878.208,48	2023	999.020,57
11	BAG Wert GmbH	Hamm	1	100	100	2024	-2.836.353,74	2024	0,00 (EAV mit BAG)
12	BAG Vermögens-Anlage Gesellschaft mbH (ehemals: GVA GENO-Vermögens-Anlage-Gesellschaft mbH)	Hamm	2	100	100	2024	7.320.895,61	2024	3.082.344,00
13	BEGO Anlagen-Management GmbH (in Insolvenz)	Hamm	14	100	100	2010	0,00	2010	-4.969.814,20
14	BEGO Beteiligungs-gesellschaft mbH	Hamm	2	100	100	2024	-334.636,79	2024	0,00
15	BEGO Immobilienverwaltungs-gesellschaft mbH i.L.	Hamm	16	100	100	30.06. 2016	-14.976.022,95	2024	0,00
16	BEGO Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Hamm	14	100	100	2024	4.099.818,63	2024	178.697,97
17	BEGO-ZWP GmbH i.L. (vormals: VR-ZWP GmbH)	Hamm	2	100	100	31.07. 2022	0,00	2024	0,00
18	DBE Immobilienverwaltungs GmbH	Hamm	2	48	48	2023	-7.513.638,43	2023	999.168,72

lfd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von lfd. Nr.	Anteil am Kapital unmittel-bar	Anteil am Kapital durchge-rechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
19	Deutsche Bauentwicklung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	München	2	49,7	49,7	2023	85.366,19	2023	-31.712,04
20	DG IMMOBILIEN MANAGEMENT Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	1	94,99	94,99	2024	20.305.014,61	2024	-166.473,73
21	Dritte Grundbesitz Wohnbaufonds GbR	Chemnitz	23	54,09	25,96	**)		**)	
22	Dritte Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR	Ottobrunn	23	46,53	22,33	**)		**)	
23	EMBE Fonds-Projekt GmbH	Berlin	24	48	48	2023	-3.175.223,34	2023	872.728,49
24	EMBE Immobiliengesellschaft mbH	Hamm	2	100	100	2024	6.244.006,99	2024	0,00 (EAV mit BAG)
25	Galileo Fonds Betreutes Wohnen in Neutraubling GbR i.L.	Regens-burg	23	42,67	20,48	2019	2.501.600,85	2019	12.064,29
26	Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR	München	23	50,27	24,13	***)		2015	-9.996,36
27	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Fritz-Müller-Str. 107/ Ostring 18	Stuttgart	23	30,84	14,81	2023	7.261.765,34	2023	131.791,96
28	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart / Filderstadt i.L.	Stuttgart	23, 24	36,65	17,63	2023	20.801.364,40	2023	-79.801,55
29	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart - Mitte 4	Stuttgart	23, 24	58,01	27,93	***)		2022	229.937,78
30	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Mörikestr. 17 - 21, Stuttgart	Stuttgart	23	60,38	28,98	2023	4.509.810,15	2023	95.850,39
31	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart - Vaihingen / Ludwigsburg	Stuttgart	23	31,44	15,09	2023	13.699.666,70	2023	-117.597,79
32	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Untere Waldplätze 2	Stuttgart	23	49,79	23,9	2023	3.026.449,08	2023	-27.827,19
33	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Wolf-Hirth-Straße 8	Stuttgart	23	59,24	28,43	2023	3.131.052,03	2023	86.366,91
34	GVV Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR Bruchköbel	Berlin	23	66,84	32,08	***)		2022	156.274,50
35	HB Grundstücksentwicklungs-gesellschaft mbH i.L.	Hamm	2	100	100	30.06. 2022	0,00	2024	0,00
36	HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH	Hamm	1	100	100	2024	4.262.433,40	2024	387.123,61
37	Immobilien- Vermögens- & Verwaltungs-GbR Nr. 5	Leinfelden-Echter-dingen	23	57,56	27,63	***)		2015	58.263,80
38	Immobilien- Vermögens- & Verwaltungs-GbR 70771 Leinfelden-Echterdingen Stetten, Stettener Hauptstraße 62-68	Leinfelden-Echter-dingen	23	24,17	11,6	***)		2022	47.711,28
39	Kleverland Immobilien GmbH (in Insolvenz)	Berlin	23	100	48	2007	23.031,96	2007	-8.856,46
40	NORDCAPITAL Immobilien-fonds Niederlande 7 GmbH & Co. KG	Hamburg	12	37,46	37,46	2022	19.986.543,99	2022	-283.934,07

lfd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von lfd. Nr.	Anteil am Kapital unmittel-bar	Anteil am Kapital durchge-rechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
41	Pariser Platz 3 Grundbesitz Gesellschaft mbH (in Insolvenz)	Berlin	20	100	94,99	2018	130.512,62	2018	-173.678,62
42	VOBA Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Grundstückskommandit-gesellschaft (in Insolvenz)	Berlin	23	100	48	2007	-8.202.289,44	2007	109.800,71
43	VR Inkasso Leasing & Consulting GmbH	Hamm	1, 2	100	100	2024	1.151.986,33	2024	184.845,24
44	WBF III. Wohnbau Fonds GbR i.L.	Frankfurt am Main	23	77,86	37,37	2018	335.627,76	2018	-8.922,05
45	Zweite Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR	Ottobrunn	23	51,9	24,91	***)		2015	-83.369,26
46	Zweite Grundbesitz Wohnbaufonds Ost-West GbR	Ottobrunn	23	54,89	26,35	**)		**)	

*) Direkte Beteiligungen von nicht untergeordneter bilanzieller Bedeutung.

**) Gesellschaft bilanziert nicht.

***) Gesellschaft bilanziert nicht,
sondern erstellt eine Einnahmen-Überschussrechnung zur Ermittlung des Jahresergebnisses.

5. Offenlegung durch die Institute

Gemäß Teil 8 der CRR (Artikel 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu tätigen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme, beträgt wie in den Vorjahren 0 %.

6. Sonstige Angaben

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Bezüge für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene betrugen TEUR 223. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen sind TEUR 3.321 zurückgestellt.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr für das Geschäftsjahr 2023 eine Vergütung von TEUR 125 erhalten. Für die im Jahr 2025 zu zahlende Aufsichtsratsvergütung des Geschäftsjahres 2024 werden TEUR 135 zurückgestellt. Den Mitgliedern des Vorstandes sowie den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden weder Kredite gewährt noch sind Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personen eingegangen worden.

Die Bank ist Mitglied des Genoverbands e.V., Frankfurt am Main, und gehört der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, an.

Zugunsten der BAG bestehen Ansprüche aus 5 Besserungsscheinverpflichtungen; im Geschäftsjahr sind davon keine neu entstanden.

Auf die Angabe des Gesamthonorars des bestellten Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da die Angabe im Konzernabschluss der BAG enthalten ist.

Die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm stellt einen Konzernabschluss auf. Dieser wird im Unternehmensregister und auf der Homepage der BAG veröffentlicht.

Die Bank unterhält im wesentlichen Umfang marktübliche Geschäfte mit nahestehenden Personen und Konzernunternehmen. Die BAG hat im Geschäftsjahr Risikoaktiva mit Deckungszusagen der BVR-SE übernommen. Diese Deckungszusagen überträgt die BVR-SE zur Abdeckung der Risiken auf die BAG. Aus der Abrechnung gewährter Deckungszusagen hat die BAG im Geschäftsjahr Zahlungen in Höhe von insgesamt TEUR 154.200 von der BVR-SE erhalten. Deckungszusagen der BVR-SE gegenüber der BAG bestehen noch zur Abdeckung von Risiken bzgl. des Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 1138 sowie Kundenforderungen und Eventualverbindlichkeiten.

7. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2024 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BAG Bankaktiengesellschaft haben.

8. Mitglieder des Vorstandes

René Kunsleben, Dipl.-Betriebswirt (FH), Vorstand Markt
- Sprecher des Vorstandes -

Mark Binczick, Dipl.-Kfm., Vorstand Marktfolge

9. Mitglieder des Aufsichtsrates

Daniel Quinten, Dipl.-Vw., Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.
- Vorsitzender -

Michael Speth, Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstandes der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
- Stellvertretender Vorsitzender -

Daniela Bücker, Dipl.-Wirtsch.-Inf., Mitglied des Vorstandes der Atruvia AG
Mitglied seit dem 14.08.2024

Carsten Eisele, WP, Mitglied des Vorstandes des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V.

Kerstin Lauber, Bankdirektorin, Mitglied des Vorstandes der Volksbank Wittgenstein eG

Dr. Alexander Leißl, Dipl.-Kfm., WP, Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V.
Mitglied seit dem 02.07.2024

Katja Lewalter-Düssel, WP/StB, Mitglied des Vorstandes des Genoverband e.V.
Mitglied bis zum 09.07.2024

Dr. Martin Polle, Dipl.-Betriebswirt (FH), Vorsitzender des Vorstandes der VR-Bank Uckermark-Randow eG (bis 31.12.2024), Mitglied des Vorstandes der Volksbank Dresden-Bautzen eG (ab 01.01.2025)

Carsten Schmedt auf der Günne, Dipl.-Kfm. WP/StB, Bereichsleiter Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Norbert Hesping, Rechtsanwalt, Angestellter der BAG, Arbeitnehmervertreter

André Lojack, Rechtsanwalt, Angestellter der BAG, Arbeitnehmervertreter

Dirk Ludwig, Rechtsanwalt, Angestellter der BAG, Arbeitnehmervertreter

Merle Rogge, Bankbetriebswirtin, Angestellte der BAG, Arbeitnehmervertreterin

Hamm, den 24. März 2025

BAG Bankaktiengesellschaft

Der Vorstand

Kunsleben

Binczick

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft. Die unter „SONSTIGE INFORMATIONEN" genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf

den Inhalt der unter „SONSTIGE INFORMATIONEN" genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Wir haben den folgenden Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt, der in unserem Bestätigungsvermerk mitzuteilen ist:

IDENTIFIZIERUNG UND BEWERTUNG WERTGEMINDERTER FORDERUNGEN AN KUNDEN SOWIE RÜCKSTELLUNGSBEDÜRFTIGER VERBINDLICHKEITEN AUS BÜRGSCHAFTEN UND GEWÄHRLEISTUNGSVERTRÄGEN (EVENTUALVERBINDLICHKEITEN)

Sachverhalt

Im Jahresabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft werden nach Absetzung von Risikovorsorge Forderungen an Kunden von EUR 105,9 Mio. (Vorjahr EUR 67,3 Mio.) und Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen von EUR 25,9 Mio. (Vorjahr EUR 2,2 Mio.) ausgewiesen. Zudem wurden für Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen Rückstellungen in Höhe von EUR 22,2 Mio. (Vorjahr EUR 0,5 Mio.) gebildet. Die Forderungen an Kunden und die Eventualverbindlichkeiten betreffen fast ausschließlich Problemkredite, d. h. Sanierungs- oder Abwicklungsengagements.

Die Identifizierung wertgeminderter Forderungen an Kunden und die darauf basierende Einschätzung zu gegebenenfalls notwendigen Einzelwertberichtigungen der Kredite ist ein wesentlicher Bereich, in dem das Management Ermessensentscheidungen trifft. Des Weiteren unterliegt die Bemessung von Einzelrückstellungen für Eventualverbindlichkeiten Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen.

Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass eventueller Einzelwertberichtigungs- und Einzelrückstellungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen bzw. Einzelrückstellungen von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditsicherheiten beeinflusst wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Forderungen an Kunden und Eventualverbindlichkeiten für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von entscheidender Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

Die Angaben der Gesellschaft zur Identifizierung und Bewertung von wertgeminderten Forderungen an Kunden und rückstellungsbedürftigen Eventualverbindlichkeiten sind im Anhang unter dem Kapitel „A. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ dargestellt. Im Lagebericht sind Ausführungen zum Kreditge-

schäft und zur Steuerung der Adressenausfallrisiken in den Abschnitten „2.2 Geschäftsverlauf“ sowie „3.2 Chancen-/Risikobericht" enthalten.

Prüferische Reaktion

Wir haben die Angemessenheit und Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems in Bezug auf die wesentlichen, rechnungslegungsrelevanten Kreditprozesse beurteilt. Im Fokus standen dabei der Prozess der Analyse der Informationen zur finanziellen Lage der Kreditnehmer, der Prozess der Identifikation von wertgeminderten bzw. rückstellungsbedürftigen Engagements sowie die Prozesse der Wertminderungsberechnungen (einschließlich Sicherheitenbeurteilung). Für die relevanten Kontrollmaßnahmen haben wir deren Aufbau bzw. Ausgestaltung gewürdigt und uns vergewissert, dass diese Kontrollen eingerichtet sind. In Folge haben wir uns von der Wirksamkeit der eingerichteten relevanten Kontrollen der BAG Bankaktiengesellschaft stichprobenhaft überzeugt.

Darüber hinaus haben wir auf Basis einer risikoorientierten Auswahl und einer ergänzenden Zufallsstichprobe aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen und die Notwendigkeit und — soweit erforderlich — die Angemessenheit von Einzelwertberichtigungen bzw. Einzelrückstellungen beurteilt. Dabei wurde der Datenbestand der BAG Bankaktiengesellschaft in Hinblick auf vordefinierte Prüfkriterien ausgewertet. In diesem Zuge wurden insbesondere die Höhe und Bewertung der Kreditsicherheiten berücksichtigt.

Im Einzelnen haben wir die wesentlichen Annahmen und Parameter im Rahmen des Wertberichtigungsprozesses nachvollzogen. Dies beinhaltete sowohl die Überprüfung der individuellen Schätzungen zu den erwarteten künftigen Rückflüssen, einschließlich der Rückflüsse aus der Realisierung von Kreditsicherheiten, als auch die Beurteilung, ob eine Inanspruchnahme aus den Eventualverbindlichkeiten droht. Abschließend umfasste unsere Prüfung die rechnerische Richtigkeit der ermittelten Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die in Abschnitt 4 des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigung) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zu-

sammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche

Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Ge-

sellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄß ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 2. Juli 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 2. Juli 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2023 als Abschlussprüfer der BAG Bankaktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Marcus Moldt.

Düsseldorf, 10. April 2025

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Zink	Moldt
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss und Konzernabschluss 2024 der BAG Bankaktiengesellschaft

Der Aufsichtsrat bewältigte im Geschäftsjahr 2024 gemeinsam mit dem Vorstand das zweite Rezessionsjahr in Folge in Deutschland. Für die BAG Bankaktiengesellschaft war das Geschäftsjahr 2024 allerdings insbesondere davon geprägt, im Zuge der Restrukturierung von Primärbanken Kredit- und Immobilienportfolios in erhöhtem Umfang zur weiteren Bearbeitung zu übernehmen. Die Position der BAG Bankaktiengesellschaft als Kompetenzzentrum der genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken für die professionelle Bearbeitung von Problemkrediten und Problemimmobilien wurde hierdurch sowie durch die Zusammenarbeit mit über 50% der zum Verbund gehörenden Institute weiter gestärkt. Die Genossenschaftsbanken kennen den Mehrwert einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der BAG Bankaktiengesellschaft sowie ihrer Dienstleistungsgesellschaften und greifen auf ihr Know-how zurück.

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand der Bank laufend überwacht und beraten. Er befasste sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank und der BAG-Gruppe, dem Risikomanagementsystem, der Planung und dem internen Kontrollsystem. Der Aufsichtsrat hat die Unternehmensstrategie sowie grundsätzliche Fragen der strategischen Weiterentwicklung und deren Umsetzung mit dem Vorstand erörtert. Zudem hat er sich vom Vorstand über die Geschäftspolitik, die Lage und Entwicklung der Bank und des Konzerns, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle regelmäßig und umfassend schriftlich und mündlich unterrichten lassen und hierüber mit ihm beraten. Zwischen den jeweiligen Sitzungszeiträumen erforderliche Beschlüsse wurden im Umlaufverfahren herbeigeführt. Der Vorstand hat zustimmungspflichtige Geschäfte dem Aufsichtsrat stets korrekt vorgelegt.

Der Aufsichtsrat verfügt aufgrund seiner Kenntnisse und Erfahrungen in seiner Gesamtheit über ausreichende Branchen- und Sachkenntnisse sowie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Im Rahmen der Selbstbewertung gem. § 25d Abs. 11 S. 2 Nr. 3 und 4 KWG hat der Aufsichtsrat diese Anforderungen überprüft. Der Aufsichtsrat ist zudem frei von Interessenkonflikten. Die gesetzlichen Anforderungen gem. § 100 Abs. 5 AktG werden erfüllt.

Sitzungen des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2024 fanden vier ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrates statt. Kernthemen dieser Sitzungen waren:

- die Berichterstattung zur wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank und der BAG-Gruppe
- die zusammengefasste Risikoberichterstattung inkl. der Kapitalplanung
- die Erörterung der strategischen Ausrichtung (inkl. der Geschäfts- und Risikostrategie und der Planung für die Folgejahre)
- die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 und Billigung des Konzernabschlusses 2023 sowie die Erörterung wesentlicher Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung
- die Tätigkeitsberichte aus den Ausschüssen
- die regelmäßige Berichterstattung zu den u.a. von den Restrukturierungsbanken übernommenen Kredit- und Immobilienportfolien
- die Bearbeitung der im Zuge der Restrukturierung von Primärbanken übernommenen Kredit- und Immobilienportfolien, wobei sich der Aufsichtsrat mit diesem Kernthema auch im Geschäftsjahr 2025 befassen wird

Ausschüsse des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der BAG Bankaktiengesellschaft hat zwei Ausschüsse eingerichtet, einen Nominierungsausschuss sowie einen Risiko- und Prüfungsausschuss. Dem Risiko- und Prüfungsausschuss obliegt hierbei unter anderem die Überwachung der Abschlussprüfung insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Nichtprüfungsleistungen. Beide Ausschüsse tagten im Geschäftsjahr 2024 jeweils zweimal. Die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden in den jeweils nachfolgenden Sitzungen über Inhalt und Ergebnisse dieser Ausschusssitzungen unterrichtet.

Jahresabschluss

Vertreter der Abschlussprüferin haben an der heutigen Jahresabschlusssitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Im Vorfeld ist das Ergebnis der Prüfung dem Risiko- und Prüfungsausschuss erläutert und von diesem ausführlich erörtert worden. Der Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses hat hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates berichtet.

Der Jahresabschluss für das Jahr 2024 mit Lagebericht und der Konzernabschluss mit Lagebericht – unter Einbeziehung der Buchführung – sind von der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung nach intensiver Befassung und Einsicht in die Berichte der Abschlussprüferin sowie auf Basis der Empfehlung des Risiko- und Prüfungsausschusses zugestimmt und festgestellt, dass keine Einwendungen zu erheben sind. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss hat der Aufsichtsrat heute festgestellt und den Konzernabschluss gebilligt. Ein Vorschlag des Vorstandes zur Verteilung des Bilanzgewinns war nicht erforderlich, da die Bilanz ein ausgeglichenes Ergebnis ausweist und kein Gewinn zur Verteilung bzw. Verwendung zur Verfügung steht.

Personalien

Im Rahmen der ordentlichen Hauptversammlung am 02. Juli 2024, ist nachfolgender Vertreter der Kapitalseite in den Aufsichtsrat gewählt worden:

- Herr WP Dr. Alexander Leißl, Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V., Hemau

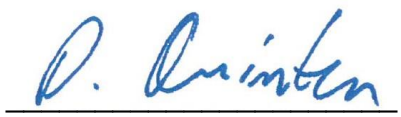
Zudem wurde im Rahmen einer außerordentlichen Hauptversammlung am 14. August 2024 nachfolgende Vertreterin der Kapitalseite in den Aufsichtsrat gewählt:

- Frau Dipl.-Wirtsch.-Inf. Daniela Bücker, Mitglied des Vorstandes der Atruvia AG, Münster

Herr Dr. Leißl folgte Herrn Siegfried Drexl, der zum 31. Dezember 2023 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war. Frau Bücker trat die Nachfolge von Frau Katja Lewalter-Düssel an, die zum 09. Juli 2024 ihr Aufsichtsratsmandat niedergelegt hatte.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand für die gute, konstruktive und stets vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BAG Bankaktiengesellschaft und des BAG-Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Hamm, den 07. Mai 2025



Daniel Quinten

- Vorsitzender des Aufsichtsrates -